



Stadtratssitzung

Donnerstag, 23. September 2010, 14.00 und 16.50 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 21 vom 19. August 2010)	---
2. Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz): Tatsächliche Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen! (BSS: Olibet)	10.000084
3. Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Lea Bill, JA!): Die Zukunft verlieren? SchulabbrecherInnen in der Stadt Bern (BSS: Olibet)	10.000085
4. Jugendmotion (Nora Krummen): Licht für Sportanlagen (BSS: Olibet)	10.000136
5. Motion Rolf Zbinden (PdA): Jedem Kind ein Instrument (BSS: Olibet)	10.000079
6. Postulat GB/JA! (Natalie Imboden/Jeanette Glauser, GB): Patengrosseltern auch in Bern? (BSS: Olibet)	10.000068
7. Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP) vom 17. Januar 2008: Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!; Fristverlängerung (BSS: Olibet)	08.000026
8. Dringliche Interpellation Luzius Theiler, Regula Fischer (GPB-DA): Gitterzaun zwischen Stadion Wankdorf und S-Bahnstation: Mehr oder weniger Sicherheit? (SUE: Nause)	10.000209
9. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Wildwest-Kapitalismus vor der Reitschule? (SUE: Nause)	10.000203
10. Stadtbauten Bern (StaBe): Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71: Erneuerung; Baukredit (FSU: Schwarz / FPI: Hayoz)	10.000207
11. Reglement über die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs vom 13. Juni 1999 (RFFV); Revison Artikel 7, 8 und 11 (PVS: Trede / TVS: Rytz)	04.000036
12. Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher/Natalie Imboden, GB): Bollwerk, Schützenmatte und Zugangsachsen besser beleuchten (TVS: Rytz)	09.000386
13. Motion Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Rahel Ruch, JA!): Keine sexistische und rassistische Werbung in der Stadt Bern (TVS: Rytz)	09.000387

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 25	1123
Präsenzliste der Sitzung 14.00 bis 15.20 Uhr	1125
Mitteilungen des Präsidenten.....	1126
1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 21 vom 19. August 2010)	1126
2 Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Tatsächliche Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!	1126
3 Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Lea Bill, JA!): Die Zukunft verlieren? SchulabbrecherInnen in der Stadt Bern	1132
4 Jugendmotion (Nora Krummen): Licht für Sportanlagen	1134
Präsenzliste der Sitzung 16.50 bis 19.00 Uhr	1140
5 Motion Rolf Zbinden (PdA): Jedem Kind ein Instrument.....	1141
6 Postulat GB/JA! (Natalie Imboden/Jeannette Glauser, GB): Patengrosseltern auch in Bern?.....	1147
7 Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP) vom 17. Januar 2008: Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!; Fristverlängerung.....	1149
8 Dringliche Interpellation Luzius Theiler, Regula Fischer (GPB-DA): Gitterzaun zwischen Stadion Wankdorf und S-Bahnstation: Mehr oder weniger Sicherheit?	1150
9 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Wildwest-Kapitalismus vor der Reitschule?.....	1153
10 Stadtbauten Bern (StaBe): Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71: Erneuerung; Baukredit	1154
Eingänge	1163

Präsenzliste der Sitzung 14.00 bis 15.20 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Peter Ammann	Leyla Gül	Corinne Mathieu
Cristina Anliker-Mansour	Kurt Hirsbrunner	Robert Meyer
Vinzenz Bartlome	Jimmy Hofer	Patrizia Mordini
Giovanna Battagliero	Mario Imhof	Stéphanie Penher
Lea Bill	Roland Jakob	Rahel Ruch
Manfred Blaser	Ueli Jaisli	Hasim Sancar
Peter Bühler	Dannie Jost	Miriam Schwarz
Rithy Chheng	Ruedi Keller	Tanja Sollberger
Conradin Konzetti	Daniel Klauser	Hasim Sönmez
Bernhard Eicher	Vania Kohli	Luzius Theiler
Susanne Elsener	Michael Köpfli	Martin Trachsel
Tania Espinoza	Peter Künzler	Aline Trede
Regula Fischer	Lea Kusano	Nicola von Greyerz
Rudolf Friedli	Annette Lehmann	Tanja Walliser
Judith Gasser	Edith Leibundgut	Peter Wasserfallen
Jeannette Glauser	Daniela Lutz-Beck	Béatrice Wertli
Simon Glauser	Martin Mäder	Manuel C. Widmer
Claude Grosjean	Ursula Marti	Rolf Zbinden
Guglielmo Grossi		

Entschuldigt

Hans Peter Aeberhard	Beat Gubser	Silvia Schoch-Meyer
Rania Bahnan Buechi	Lukas Gutzwiller	Yves Seydoux
Kathrin Bertschy	Stefan Jordi	Barbara Streit-Stettler
Henri-Charles Beuchat	Christine Michel	Gisela Vollmer
Sonja Bietenhard	Halua Pinto de Magalhães	Thomas Weil
Dolores Dana	Pascal Rub	Christoph Zimmerli
Jacqueline Gafner Wasem	Martin Schneider	Beat Zobrist
Thomas Götting	Alexandre Schmidt	

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Edith Olibet BSS
----------------	------------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Barbara Hayoz FPI	Regula Rytz TVS
-------------------------	-------------------	-----------------

Ratssekretariat

Bettina Kläy, Ratssekretärin Annemarie Masswadeh, Protokoll	Beat Roschi, Ratsweibel Petra Hirt, Telefondienst
--	--

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen des Präsidenten

Der *Vorsitzende*: Ich heisse alle Anwesenden herzlich willkommen zu diesem historischen Moment, in dem zum ersten Mal gemeinsame Sitzungen von Kinderparlament (KiPa) und Stadtrat von Bern stattfinden. Ich freue mich, dass dieses Projekt jetzt endlich so starten kann, wie wir es seit einem halben Jahr geplant haben. Ich freue mich auf spannende Diskussionen und spannende Begegnungen und auf einen lehrreichen Nachmittag, lehrreich auch in dem Sinn, dass die Erwachsenen von den Kindern etwas lernen können. Für viele Kinder ist es das erste Mal überhaupt, dass sie hier sind, im KiPa ist ja gewissermassen eine neue Legislatur angebrochen und es gab einen gewissen Wechsel. Diese Kinder, die zum ersten Mal hier sind, begrüesse ich besonders herzlich.

Der Vorsitzende stellt den Kindern die Vorsitzenden der beiden Parlamente, die anwesenden Exekutivmitglieder und Mitarbeitenden der Verwaltung sowie zwei Vertreterinnen des Jugendrats vor.

1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 21 vom 19. August 2010)

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll.

2 Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Tatsächliche Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!

Geschäftsnummer 10.000084 / 10/229

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. August 2010

Postulantin *Miriam Schwarz* (SP): Das Reglement hat sich als Instrument sehr gut bewährt und setzt den Auftrag des Souveräns, der im Jahr 2000 über die Gemeindeordnung (GO) abgestimmt hat, sehr gut um. Die Kinder und Jugendlichen werden gefördert, um aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen. Schweizweit ist die Stadt Bern Pionierin in Sachen Ansprechpersonen, die anderen Kinderparlamente haben dies nicht. Zu Punkt 1 des Postulats kann ich sagen, dass bereits daran gearbeitet wird und es wird auch weiter entwickelt. Ich kann ein Beispiel geben: Es gibt zweimal pro Jahr einen Grossversand mit einem Mitwirkungs-Newsletter, der über aktuelle Projekte informiert, an denen man sich beteiligen kann. Die Information erfolgt stufengerecht, das heisst, die 1. bis 6. Klassen werden über das KiPa und über die Ansprechperson in Quartier informiert, die 7. bis 9. Klassen über Jugendmotion, Jugendrat, Webreporterinnen und -reporter so wie über die Ansprechpersonen in den Quartieren. Der Grossversand bedient die Schulen, Tagis, Jugend- und Kindertreffs und andere Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind. Zu Punkt 2: Ich finde ihn sehr wichtig. Niemand fühlt sich so richtig zuständig, die Jugendmotionärin von heute z.B. wurde gar nicht eingeladen. Gott sei Dank hat man das rechtzeitig bemerkt und das Kinderbüro hat sie dann eingeladen. Das kann es wohl nicht sein. Die Ansprechpersonen sind sehr wichtig. Sie können die Kinder und Jugendlichen mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen unterstützen, begleiten und

auch ermutigen. Die Fraktion SP/JUSO bittet Sie, das Postulat zu überweisen. Es darf nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, sondern es muss ein Zeichen gesetzt werden, dass wir die Kinder und Jugendlichen ernst nehmen.

Fraktionserklärungen

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Man macht sich kaum Freunde, wenn man sich hier oder andernorts kritisch über die politische Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen äussert. Und wenn ich hier die vielen engagierten Kinder sehe, die sich auf positive Art und Weise einzubringen versuchen, so fällt es mir zugegebenermassen nicht leicht, die Arbeit zu kritisieren, trotzdem werde ich dies in unserer Fraktionserklärung machen.

Vor sieben Jahren hat der Stadtrat das Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen verabschiedet. Es schadet aber nichts, wenn wir unsere Beschlüsse von Zeit zu Zeit kritisch darauf hin hinterfragen, ob wir überhaupt das Richtige machen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick auf meine eigene politische Karriere, die aus meiner Sicht einen optimalen Einblick gibt, wie politische Mitwirkung funktionieren kann oder soll. Mein erstes politisches Engagement habe ich 1995 erbracht, mit meinem Eintritt in die Junge SVP. Ich habe dort während vieler Jahre in verschiedensten Funktionen und Ämtern gelernt, wie man politisiert, wie die politischen Mechanismen funktionieren, was man erreichen kann und was auch nicht. Als ich das Stimm- und Wahlrecht hatte, habe ich ein erstes Mal auf der Liste der jungen SVP für den Nationalrat kandidiert, natürlich bis zum heutigen Tag ohne Erfolg. Doch wer politisieren will, braucht Durchhaltewillen und so habe ich weiter gemacht und bin schlussendlich 2005 im zweiten Anlauf in mein erstes offizielles Amt, als Stadtrat, gewählt worden. Was will ich damit sagen? Mit der Schaffung von Kinder- und Jugendparlamenten gaukeln wir den Kindern eine Realität vor, die leider so nicht stimmt. In der Realität braucht es mehr, als sich in der Schule für ein KiPa anzumelden, um nachher, wie jetzt, vollumfänglich im richtigen Parlament wie die Grossen mitreden zu können.

Wie die Postulantin in ihrem Vorstoss richtig erkannt hat, ist es für Kinder und Jugendliche nicht einfach, den Unterschied zwischen einer Motion und einem Postulat zu erkennen oder zu wissen, was eine Umwandlung bedeutet, und aus meiner Sicht müssten ihr Kinder das auch noch nicht wissen. Lassen wir die Kinder doch Kinder sein. Kinder bauen Hütten im Wald, sie spielen Fussball oder Volleyball, sie machen Musik in einer Schülerband oder spielen Gummitwist auf dem Pausenplatz. Aber Kinder sitzen nicht in einem Ratssaal und vertreten die von ihnen eingereichten Motionen und Postulate. Wenn die Postulantin fordert, die jetzt existierenden Hearings und Workshops seien durch andere, geeignete Gefässe zu ersetzen, ohne genauer zu beschreiben, um was für Gefässe es sich dabei handelt, so macht sie dies bestimmt auch vor dem Hintergrund, dass man nicht immer genügend Kinder findet, die sich für eine politische Mitwirkung in einem KiPa interessieren und damit wären wir in der Stadt Bern im Übrigen auch nicht die Einzigen. Der Kanton Zug hat im 2007 sein Jugendparlament nach fast zehnjährigem Bestehen aufgelöst, nachdem sich ein zunehmender Mangel an Nachwuchs bemerkbar gemacht hatte. Seither beschränkt man sich dort erfolgreich auf die Förderung der Partizipation von Jugendlichen in der aktuellen Politik, in Planungen, die Jugendliche betreffen, man fördert gezielt die politische Bildung, im schulischen oder im ausserschulischen Bereich, man berät Gruppen von Jugendlichen, die ein politisches Projekt oder einen politischen Anlass mit parteiübergreifendem Inhalt durchführen wollen. – Ein Konzept, das aus meiner Sicht auch in der Stadt Bern einwandfrei angewendet werden könnte. Es wäre doch viel sinnvoller, die Kinder und Jugendlichen zuerst angemessen an unser politisches System heranzuführen und sie zu informieren, statt sie einfach in einen Ratssaal zu setzen und drauflos politisieren zu lassen. Dieser Postenlauf, den die Kinder heute noch absolvieren werden, finde ich diesbezüglich eine sinnvolle Idee. Mitwirkung kann man nicht erzwingen, das ist dasselbe

wie mit der Integration, auch sie muss von selber kommen. Bei der Forderung schliesslich, dass die Direktion BSS die Motionärinnen und Motionäre von derartigen Kinder- oder Jugendmotionen federführend begleiten soll, lässt mich der Verdacht nicht los, dass diese Kinder und Jugendlichen in erster Linie von linken Ratsmitgliedern für ihre Ideologien und Vorstellungen missbraucht werden. Wir können uns leider nicht vorstellen, dass die BSS eine objektive Unterstützung bieten könnte. Aus all den jetzt dargelegten Gründen empfehlen wir Ihnen, das Postulat abzulehnen.

Rahel Ruch (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Wenn man sich hier im Saal umschaute, stellt man fest, dass es diese Partizipation bereits gibt, dass die Kinder, die hier sind, mitmachen und durchaus in der Lage sind, ihre Anliegen selber zu formulieren und für sie zu kämpfen und dass sie sich nicht manipulieren lassen von einer linken BSS. Es ist ja schön festzustellen, wenn man hier in die Ränge schaut oder auch, wenn man gestern die Bundesratswahlen verfolgt hat, dass nicht nur grauhaarige alte Männer gewählt werden, aber junge Leute in der Politik sind trotzdem immer noch die Minderheit. Und dies, obwohl für uns junge Leute die Politik viel bestimmender ist als für die grauhaarigen Bundesräte. Es muss also uns allen ein grosses Anliegen sein, die Mitbestimmung und Mitwirkung der Jugendlichen zu fördern. Für die Fraktion GB/JA! ist es wichtig, dass Partizipation nicht nur eine Alibiübung ist, wie dies vorhin von der Fraktion SVPplus vorgeschlagen wurde: Ein wenig Information für Kinder und Jugendliche in der Schule, aber ja nicht richtig mitmachen. Es gibt in der Schweiz viele Mitwirkungsprojekte, aber ein Teil davon macht nur den Anschein, dass es um Mitsprache geht, in der Realität sind diese Anlässe nicht sehr wirkungsvoll und eher Alibiübungen: Die Kinder dürfen auch noch etwas sagen, aber umgesetzt wird es nicht, mitreden und mitbestimmen können sie also nicht. Forderungen und Positionspapiere, die in grosser Arbeit und langen Diskussionen ausgearbeitet werden, bleiben viel zu oft ungehört und verschwinden in irgendwelchen Aktenschränken der Verwaltung. Darum muss wirkliche Mitsprache gefördert werden und dazu gehört vor allem, dass Forderung oder Petitionen oder auch Jugendmotionen nicht einfach in einer Schublade verschwinden. Sonst schwindet die Motivation recht schnell, das geht übrigens nicht nur Jugendlichen so. Darum ist uns Punkt 2 des Postulats sehr wichtig, die prioritäre Behandlung von Jugendmotionen und eine gute Begleitung. Sie muss professionell sein, damit ein Rahmen geschaffen wird, so dass die Politik nicht ausufernd ist, sondern vielmehr Handlungsspielräume erkennbar werden. Ich platziere jetzt hier nicht einen Werbespot für die Junge Alternative, wie das vorher für die JSVP passiert ist, aber wir von der Fraktion GB/JA! unterstützen das Postulat sehr und nehmen es an.

Manuel C. Widmer (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: In der Politik darf man manchmal auch sagen, dass jemand Quatsch erzählt und, Simon Glauser, Sie erzählen Quatsch. Sie sagen, die Kinder sollten Volleyball spielen, Politik sei nicht das Richtige. Ich würde die Kinder entscheiden lassen, wofür sie sich interessieren und ich würde auch die Kinder entscheiden lassen, was sie machen wollen. Dass so viele Kinder hier sind, beweist, dass Kinder Interesse daran haben, in ihrem Umfeld darüber mitzureden, wie dieses Umfeld aussehen soll. Dass Kinder in den Schulen mitreden, beweist, dass es sie interessiert, was auf ihrem Pausenplatz passiert. Vielleicht wollen sie sogar ein Volleyballfeld, weil sie gern Volleyball spielen, aber sie möchten mitreden darüber, wo es hinkommt, denn wenn es irgendwo ist, wo sie Angst haben hinzugehen, so bringt das nichts. Mitsprache von Kindern und Jugendlichen ist darum wichtig, weil sie dort miteinander reden, weil sie lernen, Argumente auszutauschen. Das ist etwas Wichtiges, das man später nicht nur im politischen Leben durchaus gebrauchen kann. Darum unterstützen wir den Grundgehalt dieses Postulats. Aber eben weil wir der Auffassung sind, dass die richtigen Gefässe gesucht und dass die richtigen Wege gegangen werden müssen, werden wir uns bei Punkt 2 enthalten. Dieser Punkt fordert nämlich, dass die Verwaltung

dabei hilft, wenn Kinder oder Jugendliche einen Vorstoss machen wollen. Das würde aber heissen, dass die Verwaltung sich quasi ihre eigenen Aufträge mitschreibt und das kann nicht aufgehen. Der richtige Weg wäre z.B. der über das Ratssekretariat. Das Ratssekretariat ist dazu da, die Leute dabei zu unterstützen, politische Vorstösse zu schreiben, zu schauen, was geht und was nicht. Und das könnte es durchaus auch mit Kindern machen und nicht nur mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus unserem Parlament. Des Weiteren haben wir uns auch gefragt, was „genügend Ressourcen“ bedeutet. Grundsätzlich heisst dies, es braucht Geld. Es gibt aber noch andere Möglichkeiten, als den Kindern und Jugendlichen mit Geld zu helfen, mitzuwirken und dafür die richtigen Gefässe zu haben, z.B. die Jungparteien. Sie könnten aktiver auf die Jugendlichen zugehen und Foren schaffen, damit Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen zu ihnen gehen könnten. Das würde sehr viel von diesem Druck wegnehmen und es würde ermöglichen, mit weniger Geld den gleichen Effekt zu erzielen. Dass ihr mitmacht, liebe Kinder, dass ihr mitredet, dass ihr es sagt, wenn euch etwas nicht passt, das ist sehr wichtig. Lernt das selber zu sagen und lernt auch, zu wem ihr gehen müsst, wenn ihr wollt, dass ihr gehört werdet.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Ich kann mich in weiten Teilen meinem Vorredner anschliessen und fasse mich kurz. Als erstes möchte ich auch sagen: Selbstverständlich dürfen Kinder bereits in einem Ratssaal sitzen, wenn sie mögen und so viel sie mögen. Ich hätte das als Kinder auch gern gemacht, auf jeden Fall lieber als Volleyball spielen. Darum habe ich grosses Verständnis dafür, dass hier so viele Kinder anwesend sind. Was wir aber auch als den falschen Weg erachten ist, in der BSS eine Stelle zu schaffen, die die Kinder berät. Da gibt es für uns sinnvollere Wege. Einen hat Manuel C. Widmer angesprochen, das Ratssekretariat. Wir kennen einen noch viel besseren Weg, wobei ich nur für unsere Stadträte sprechen kann, aber ich nehme an, da denken alle anderen gleich: Wir stehen jederzeit gern zur Verfügung, wenn ein Kind oder ein Jugendlicher eine Frage ans Kinder- oder Jugendparlament hat. Wir gehen noch weiter und wären sogar bereit, dass ein- oder zweimal pro Jahr eine oder zwei Personen aus unserer Fraktion mit dem KiPa essen gehen oder etwas in dieser Art; dazu vielleicht noch jemand aus jeder anderen Fraktion, so wären alle Parteilager ausgewogen vertreten. Zudem würden wir das gratis machen und nicht zusätzlich das städtische Budget belasten. Wir werden Punkt 1 ganz klar annehmen, wir stehen zum Kinder- und Jugendrat und finden es wichtig, dass diese Mitsprachmöglichkeit besteht. Wir möchten aber keine neuen Stellen in der BSS schaffen und auch keine zusätzlichen Mittel der Stadt einsetzen, sondern wir möchten unsere Milizparlamentarier in die Pflicht nehmen und in direktem Kontakt von Parlamentarier zu Parlamentarier mit den Kindern in Kontakt treten.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Ich kann mich ein Stück weit in diesen Reigen einschliessen. Wir freuen uns natürlich, wenn sich junge Leute für die Politik interessieren, das geht wohl allen Parteien so, und selbstverständlich kann man sich auch bei unserer Partei melden, wenn man sich engagieren möchte. Wir haben sogar eine Jungpartei, im Gegensatz zur GLP, bei uns „fägt“ es sogar noch ein bisschen mehr, aber das ist ein anderes Thema. Zum Postulat: Wir unterstützen es, weil wir es eine gute Sache finden, wenn sich junge Menschen engagieren. Betreffend Punkt 2 sind wir eher kritisch, aber schliesslich ist es ja „nur“ ein Postulat, die Umsetzung ist also nicht zwingend. Es kann natürlich nicht sein, dass Jugendmotionen prioritär behandelt werden. Nicht, weil wir das Engagement der Jugendlichen nicht schätzen, aber es gibt ja auch noch einen Seniorinnen- und Seniorenrat, es gibt auch noch die übrige Bevölkerung und wir als Stadtrat haben alle Anliegen aller Bevölkerungsgruppen mit der gleichen Priorität zu behandeln. Aber wie gesagt, es ist ein Postulat und darum unterstützen wir es, wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat genügend Augenmass hat, um die entsprechende Antwort zu geben.

Einzelvoten

Jimmy Hofer (parteilos): Ich möchte nicht nur zum Postulat sprechen. Ich bin in diesem Rat der einzige Vertreter der grossen Mehrheit der Bevölkerung: Ich bin unabhängig, ich bin in keiner Partei, wie immerhin rund 90% der Schweizer Bevölkerung. Denkt ja nicht, die Parteien hätten immer Recht und es seien die Parteien, die zu sagen hätten, wo es lang geht. Das ist nicht so, nur 10% der Gesamtbevölkerung sind in Parteien organisiert. Liebe Kinder, ich möchte euch warnen vor der Politik. Legt die Scheuklappen nicht zu früh an, engagiert euch nicht zu früh in der *Classe politique*, das endet nicht gut. Lebt euer Leben zuerst ein wenig selber, sortiert euer Gehirn zuerst ein wenig selber, genießt das Jungsein, genießt das Kindsein. In der Politik wird geschummelt und gelogen, es werden Unwahrheiten erzählt, in der Politik geht es um Macht, um all das, um das es sonst im Leben nicht gehen sollte. Lasst euch nicht zu früh in dieses Schema pressen, damit ihr diese *Déformation professionnelle* nicht schon mit zwölf oder dreizehn einführt. Es reicht, wenn ihr das mit Dreissig macht, wenn ihr das Gefühl habt, jetzt solltet ihr auch mitreden. Ich war immerhin über 50, als ich der Meinung war, jetzt müsse ich mich auch ein wenig in die Politik einmischen. Darum kann ich nicht verstehen, warum man von Staates wegen an den Schulen agitiert.

Die, die freiwillig mitmachen wollen, das ist natürlich etwas ganz anderes, denen soll man sich nicht in den Weg stellen, mit denen muss man reden, ich bin auch jederzeit bereit dazu und mache das auch: Ich halte Vorträge, in Schulen oder auch vor Lehrlingen, und das alles in meiner Freizeit und völlig gratis. Jugend ist wichtig, aber sie gleich zu organisieren, wie wir Alten organisiert sind, finde ich übertrieben. Vielleicht macht ihr es einmal besser oder doch anders als wir. – Man muss es ja nicht immer besser machen, man kann es auch einfach anders machen. Aber so werdet ihr von Anfang in unser Schema gepresst, müsst lernen, was was ist. Dabei interessiert einen doch der technische Vorgang eines solchen Apparats wenig, das einzige, was zählt, sind die Ideen, die Visionen, und die darf man sich nicht schon im frühen Kindesalter durch systembedingte Vorgänge einengen lassen.

Ich weiss, es ist nicht sehr populär, aber trotzdem ein paar warnenden Worte an die, die meinen, sie könnten hier die Welt verändern kommen: Es ist nicht so.

Luzius Theiler (GPB-DA): Als glaube ich ältester Stadtrat gleichwohl ein paar Worte. Ich habe mit 14 die ersten Unterschriften gesammelt und ich glaube, es ist mir relativ gut gelungen, mich aus diesen Sachzwängen der Anpassung herauszuhalten und bis heute die Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren, von der ich hoffe, dass sie möglichst viele von euch auch bewahren. Tatsächlich kann es nicht das Ziel sein, zu einer Jungpartei zu gehen und dort in x Gremien mitzumachen und brav das zu erzählen, was die Alten erzählen, um möglichst rasch Karriere zu machen. Mir läuten fast ein wenig die Ohren, wenn ich jetzt die Leute hier sagen höre, wie schön es sei, wenn sich Junge politisch engagieren. Da möchte ich an etwas erinnern, und das darf man glaube ich, ganz besonders zwei Tage vor der Abstimmung: Die Reitschule wurde von einer Jugendbewegung gegründet. Zum Teil sehr junge Menschen haben sich dort sehr stark engagiert und darauf beharrt, sich autonom zu verwalten. Sie haben das erkämpft und erstritten bis jetzt. Ich glaube, der Prüfstein, ob man es wirklich ernst nimmt mit dem Engagement der Jungen, oder ob man nur die lieben Jungen gern hat, die das machen, was die Alten machen, ist auch die Haltung zur Autonomie in der Reitschule. Also, ob man diese Autonomie auch unterstützt, wenn vielleicht nicht immer alles nach dem eigenen Gusto ist. Die meinen es wirklich ernst mit dem Engagement der Jugend. Bei denen, die sofort kritisieren, wenn es nicht das ist, was man selber gern hat, möchte ich sagen: Passt auf!

Simon Glauser (SVP): Lieber Manuel Widmer: Sie haben vorhin gesagt, man lerne dort zuhören. Ich hoffe, Sie haben mir auch zugehört. Inhaltlich stimme ich Ihrem Votum grossmehrheitlich zu, aber ich hoffe, Sie haben bemerkt: Es geht uns vor allem um den Zeitpunkt der Mitwirkung. Wenn man das 18. Lebensjahr vollzogen hat, erhält man das Stimm- und Wahlrecht und dann kann man sich richtig in der Politik engagieren. Ich möchte zu Punkt 2, der prioritären Behandlung, noch etwas sagen und an dieser Stelle auch beantragen, punktweise abzustimmen. Wenn schon, soll diese Mitwirkung so vollzogen werden, wie es in der Realität ist. Und die Realität ist nun einmal nicht die, dass man im Rat etwas eingibt und zwei oder drei Wochen später wird es dort behandelt, sondern als ordentliches Ratsmitglied muss man bis zur Behandlung im Rat oft ein halbes Jahr oder länger warten. Oder man könnte es auch als Gegenantrag formulieren, dass die Mitwirkung ordentlich gemacht werden soll, gemäss Ratsreglement.

Der Präsident: Wir werden punktweise abstimmen.

Direktorin BSS Edith Olibet: Die Stadt Bern hat den Pestalozzipreis erhalten, eine schweizerische Auszeichnung, die längst nicht jede Stadt erhalten hat. Das ist eine grosse Auszeichnung für die Stadt Bern und es ist eine Auszeichnung unter anderem für die vorbildlichen Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Das Mitmachen im KiPa ist selbstverständlich freiwillig. Man weist darauf hin, dass es dieses KiPa gibt, aber ob es sich anmeldet oder nicht und wie intensiv es mitarbeitet, das entscheidet jedes Kind für sich selber. Meine Erfahrung – und ich habe eine lange Erfahrung, seit es dieses KiPa gibt, bin ich recht häufig dort anwesend – ist, dass diese Kinder ein sehr grosses Engagement zeigen, dass sie sehr interessiert sind, dass es findige Kinder sind und dass sie auch fündig werden. Und zwar werden sie dort fündig, wo ihre Interessen direkt betroffen sind und sie können auch Erfolge ausweisen, z.B. wenn es darum geht, aus dem Geld, das ihnen gemäss Reglement zusteht, auf einem Spielplatz etwas so zu machen, wie sie sich das wünschen. Ich denke, das ist etwas sehr Wichtiges.

Der Ablauf ist leider so, dass wir ihnen jetzt sagen, was wir denken, umgekehrt können sie nicht sagen, was sie dazu denken. Aber das wäre sicher interessant zu hören. Noch etwas zur Bemerkung, sie sollten in eine politische Partei, in die Jungparteien eintreten: Der Jugendrat ist auf Initiative von Jugendlichen, zum Teil ehemalige Kinderparlamentarierinnen und -parlamentarier, entstanden, die sagen, sie möchten jetzt noch nicht in eine Partei eintreten. Darum ist es auch nicht möglich, gleichzeitig in einer Jugendpartei und im Jugendrat zu sein. Warum ist der Gemeinderat bereit, das Postulat anzunehmen? Seit 2003 gibt es dieses Reglement und ich denke, dieses Postulat ist ein Prüfungsauftrag. Selbstverständlich werden wir in dieser Prüfung die Argumente, die Haltungen und die Befürchtungen des Stadtrats einbeziehen und wir werden selbstverständlich auch die Kinder einbeziehen um zu schauen, was an Verbesserungen notwendig ist, um den Kindern das Recht zur Mitwirkung in dieser Form – es gibt auch andere Formen, z.B. in den Schulen – auch geben zu können. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und das Postulat zu überweisen.

Beschluss

1. Der Stadtrat erklärt Punkt 1 des Postulats erheblich (42 Ja, 9 Nein).
2. Der Stadtrat erklärt Punkt 2 des Postulats erheblich (24 Ja, 20 Nein, 7 Enthaltungen).
3. Der Stadtrat erklärt Punkt 3 des Postulats erheblich (34 Ja, 13 Nein, 4 Enthaltungen).

3 Postulat Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB/Lea Bill, JA!): Die Zukunft verlieren? SchulabbrecherInnen in der Stadt Bern

Geschäftsnummer 10.000085 / 10/203

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 5. Juli 2010

Postulantin *Cristina Anliker-Mansour* (GB): Die Schulpflicht ist in der Bundesverfassung verankert und meint die Dauer bis zum Abschluss der Oberstufe bzw. nach neun Jahren Schule. Schüler, die die Schule vorzeitig abbrechen, sollte es inofolgedessen nicht geben. Tatsache ist, dass das Phänomen Schulabbruch auch in der Schweiz existiert. Eine Studie in der Romandie spricht von 6-9% Schulabbrüchen pro Jahr. Für die Deutschschweiz kommt eine Studie der Universität Freiburg zum Schluss, dass rund 5'000 Schüler/Schülerinnen die obligatorische Schule abbrechen. Gründe dafür sind Mobbing, Disziplinprobleme und das Repetieren von Schuljahren. Im Kanton und in der Stadt Bern gibt es bis jetzt keine statistischen Daten über das Ausmass. Deshalb erachtet es die Fraktion GB/JA! als sinnvoll zu eruieren, inwiefern die Stadt Bern von dieser Problematik betroffen ist und welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die Zahl der Schulabbrecher und Schulabbrecherinnen zu verringern oder zu stoppen. Schüler werden nicht von einem Tag auf den anderen vom Unterricht ausgeschlossen, zuvor werden Schulausschlüsse als disziplinarische Massnahme angeordnet. Diese führen dazu, dass Jugendliche für eine begrenzte Zeit in einem Time-out-Angebot platziert werden, danach kehren sie in den geordneten Unterricht zurück. Gemäss Evaluationen in Zürich und Bern kehren aber 70% der Jugendlichen nicht in die Schule zurück. Es wäre an der Zeit zu hinterfragen, warum die Gemeinden und Kantone so viel Geld in derartige Angebote stecken, wenn doch die Re-Integration der Schulkinder damit nicht gelingt. Würde dieses Geld nicht besser in die Prävention bzw. in die Unterstützung der Lehrerschaft und der Schüler investiert, in frühe Bildungsförderung, Betreuung usw.? Die Folgekosten von Schulabbrüchen sind enorm, denn Schulabbrecher arbeiten später in niedrigen Lohnbereichen, sie werden schneller arbeitslos, haben mehr Gesundheitsprobleme. 70% der jugendlichen Sozialhilfebezüger in der Stadt Bern haben keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II abgeschlossen, einige von ihnen waren Schulabbrecher, Schulabbrecherinnen. Die Politik ist gefordert, Lösungen für das Problem zu suchen, wir können und dürfen nicht die Augen davor verschliessen. Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Fraktionserklärungen

Tania Espinoza (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion ist auch der Meinung, dass wir genau diesen Jugendlichen unsere besondere Aufmerksamkeit schenken sollten. Bei einem Schulabbruch ist es dringend notwendig, dass eine Anschlussmöglichkeit gewährleistet ist, ein wenig nach dem Motto „Ohne Anschluss kein Ausschluss“. Da sind die Eltern, Schulen – damit meine ich Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulkommissionen – stark gefordert. Die Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen in derartigen Fällen ist dringend notwendig. Die Fraktion GFL/EVP wird aus folgenden Gründen – nicht inhaltlich – das Postulat ablehnen: Wir sind grundsätzlich der Meinung, es brauche nicht immer für alles doppelte Sicherungen, kantonale und städtische gleichzeitig. Zudem haben wir, es ist noch nicht lange her, von der Gemeinderätin gehört, dass wir vom Stadtrat den Schulen Sorge tragen und das Fuder nicht überladen sollten. Dem stimmen wir zu. Zu Punkt 1: Das Schulamt hat im letzten Schuljahr

eine statistische Umfrage zu den Schulabbrüchen gestartet, zudem werden Schulausschlüsse dem Schulinspektor gemeldet, dieser überprüft die Vorgehensweise und überprüft sogar den Prozess zur Re-Integration eines Schülers, einer Schülerin in die Schule. Zu den Punkten 2 und 3: Es besteht ein verbindlicher Leitfaden des Kantons „Über Disziplinar massnahmen und Unterrichtsausschluss in den Volksschulen des Kantons Bern“. Dieser Leitfaden zeigt auf, wie die Schulen in schwierigen Situationen mit Schülerinnen und Schülern umgehen können. Die Schulen wissen, dass ein Schulausschluss oder gar ein Schulabbruch die Ultima ratio ist und dass die Idee einer Re-Integration sorgfältig geplant werden muss. Es gab auch schon ein interfraktionelles Postulat zum Thema Berufs-Coaching, „Frühintervention schafft Integration“, in dem der Gemeinderat klare Antworten gibt auf die Frage nach möglichen Massnahmen und Ansätzen. Wir haben also genügend Möglichkeiten zu handeln, da braucht es nicht noch mehr Konzepte. Dazu kommt, dass jetzt viele Schulen in Umsetzung von Art. 17 daran sind, Konzepte für die Integration zu entwickeln. Im Vordergrund stehen dabei Schüler und Schülerinnen, die in ihrem Verhalten schwierig oder auffällig sind. Die Fraktion GFL/EVP möchte die Schulen nicht mit noch mehr Konzeptarbeit belasten. Wir haben vorhin gehört, es sei wichtig, Beziehungsarbeit zu leisten in den Schulen. In der Zeit, in der die Lehrpersonen Konzeptarbeiten leisten müssten, könnten sie die Beziehungsarbeit zu ihren Schülerinnen und Schülern pflegen. Beziehungsarbeit kann man nicht mit Konzepten verordnen, sie muss in einer entspannten Umgebung wachsen und täglich gepflegt werden. Für derartige Begegnungen im Schulalltag brauchen die Lehrpersonen aber Gelegenheiten und viel Zeit.

Peter Bühler (SVP) für die Fraktion SVPplus: Danke Tania Espinoza für ihr super Votum, sie hat den grössten Teil gesagt. Wir sind der Meinung, vom Kanton her laufe einiges in dieser Angelegenheit, zudem muss man auch sehen: Wenn die Lehrerschaft ihre Arbeit gut macht, hat sie die Sache ziemlich im Griff und weiss auch, was in den Schulen läuft. Ein Postulat, das „Schulabgänger“ – Leute, die die Sache hinschmeissen – erfasst, ist nicht der Weg zum Ziel, sondern dieser Weg muss sein, dass man die Leute wieder zurückholt. Wir haben alles dazu, wir haben Gesetze, wir haben Verordnungen. Nutzen wir, was wir haben! Und dann kann man auch auf kantonaler Ebene noch die Zahlen holen gehen, das reicht vollständig. Damit haben wir das Postulat zur Kenntnis genommen und lehnen es dankend ab.

Vinzenz Bartlome (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Wir finden das Thema, das hier angeschnitten wird, sehr wichtig. Schulabbruch heisst, jemand schafft den normalen Übergang ins Erwerbsleben nicht, und das hat Folgen, die ihn oder sie das ganze Leben begleiten werden. Das hat aber auch Folgen für die Öffentlichkeit und für uns als Gesellschaft, darum muss dem Thema genügend Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Postulat steht „In Zusammenarbeit mit den Schulen“ und das verstehen wir so, dass die Schulen konkrete Inputs liefern, dass aber die Schuldirektion nachher die Konzepte erarbeitet, dafür haben wir sie ja auch. Ich denke darum nicht, dass die Schulen zusätzlich belastet werden, sondern gehe davon aus, dass man die Schulen in derartigen Problemfällen unterstützt, dass man ihnen zeigt, wie zu reagieren ist und wie man solche Sachen vermeiden kann. Darum unterstützt die Fraktion BDP/CVP das Postulat.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (28 Ja, 17 Nein).

4 Jugendmotion (Nora Krummen): Licht für Sportanlagen

Geschäftsnummer 10.000136/ 10/194

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 23. Juni 2010

Der Präsident: Weil wir hier so selten eine Jugendmotion beraten, eine kurze Erläuterung: Die Jugendmotion steht im „Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“, also nicht in unserem Geschäftsreglement, und dort gibt es einen Art. 14, der besagt, dass 40 Jugendliche dem Stadtrat eine Motion einreichen können und dass der Gemeinderat darauf innerhalb von drei Monaten eine Berichterstattung vorlegen muss. Und es gibt einen Art. 16, wonach die Jugendmotionäre und -motionärinnen ihre Anliegen selber hier vertreten können. Das ist im vorliegenden Fall der Fall, ich gebe Nora Krummen das Wort.

Jugendmotionärin *Nora Krummen:* Ich freue mich und bedanke mich dafür, dass ich heute als Erstunterzeichnerin der Jugendmotion „Licht für Sportanlagen“ hier sein darf. Ich finde es toll: Wir Jugendlichen erhalten die Chance, mit einer Jugendmotion unsere Anliegen direkt dem Stadtrat zu unterbreiten. Damit haben auch Sie die Möglichkeit, nicht nur über Kinder und Jugendliche Beschlüsse zu fassen, nein, Sie haben hier und jetzt die Möglichkeit, aktiv mit uns den Dialog zu führen und die Stadt Bern jugendfreundlicher zu machen. Das Anliegen der Jugendmotion „Licht für Sportanlagen“ ist ganz einfach, einleuchtend und günstig. Wir Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren haben jedes Wochenende das Problem, einen Ort zu finden, an dem wir uns treffen können. Die wenigsten Ausgehmöglichkeiten sind für uns zugänglich. Damit wir trotzdem aktiv sein können, schlagen wir vor, ausgewählte Aussensportanlagen in der Stadt Bern zumindest am Wochenende abends bis 22 Uhr zu beleuchten. Damit hätten die Jugendlichen die Möglichkeit, Spass zu haben, Sport zu treiben und sich aktiv zu betätigen. Sie würden nicht wie bisher durch fehlende Angebote dazu gezwungen, auf der Strasse herumzulungern. Die Jugend steht in einem schlechten Licht, es heisst, wir saufen, kiffen und machen Unsinn. Hier haben Sie es in der Hand, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich anderweitig zu beschäftigen. Wir könnten Fussball oder Basketball spielen, wir könnten uns treffen und wir könnten altersgerecht unseren Spass haben. Wer könnte da schon dagegen sein. Wir benötigen dazu nur eines, nämlich Licht auf den Sportanlagen, Licht, das es uns ermöglicht, jung zu sein und etwas Sinnvolles anzustellen. Jetzt kommt einigen bestimmt der Gedanke, es käme zu Schlägereien oder zu wilden Saufgelagen. Aber erstens würde dies nicht zu einer aktiven Jugend passen, die sich auf beleuchteten Anlagen trifft, um Sport zu treiben. Und zweitens kann die so genannte Wahrung der Ordnung ganz leicht von den bisherigen Securitas- oder Polizeipatrouillen geleistet werden. Die Leitung des Ganzen oder ein zusätzliches Rahmenprogramm, welches übrigens von der Motion gefordert wird, könnte die Jugendarbeit anbieten. Sie sehen, es braucht nicht viel, damit die ansonsten immer böse Jugend etwas Sinnvolles machen kann. Liebe Stadträtinnen und Stadträte: Seien Sie pragmatisch und offen für dieses Anliegen der Jugend, welches von mir und 99 Mitunterzeichnenden eingereicht wurde. Zeigen Sie, dass Sie die aktive, die sportliche und engagierte Jugend ernst nehmen.

Wir freuen uns, dass der Gemeinderat dem Anliegen gegenüber positiv eingestellt ist, aber wir sind sehr enttäuscht und bedauern es, dass er die Umwandlung in ein Postulat wünscht, Arbeitsgruppen einsetzen und dann vielleicht wieder in den Rat kommen will etc. So würde

viel Zeit verstreichen, Zeit, in der die Jugendlichen kein zusätzliches Angebot haben. Die genaue Ausgestaltung der Jugendmotion bleibt dem Gemeinderat nach einer Annahme der Motion weiterhin überlassen. Eine Annahme der Motion wäre Nägel mit Köpfen: Wir 100 Unterzeichnenden werden wirklich ernst genommen, unsere Forderungen werden so schnell wie möglich erfüllt und wir würden es erleben, das Gefühl, dass die grosse Politik uns ernst nimmt und uns nicht für schlimm und verdorben hält. Deshalb, liebe Mitglieder des Stadtrats, sagen Sie Ja zur Motion, sagen Sie Ja zu einer aktiven Jugend, zeigen Sie damit, dass Sie die Jugend ernst nehmen, ermöglichen Sie uns, uns zu treffen, Sport zu treiben und ein bisschen mehr Licht in unser Leben zu bringen. Stimmen Sie Ja zur Motion und machen Sie damit die Berner Jugend aktiver und glücklicher und ermöglichen uns allen ein tolles Miteinander. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Fraktionserklärungen

Martin Trachsel (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: „Die Jungen fragen: wann werde Licht? Doch die Stadt fand den Schalter nicht.“ Ich und meine Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GFL/EVP finden die vorliegende Jugendmotion ein gutes Anliegen, wir haben grosse Sympathie. Aber ich wollte es ganz genau wissen und habe meine beiden Söhne, 17 und 19 Jahre alt, die Motion lesen lassen. Die spontane Antwort war: Eine super Idee, so könnten wir Fussball und Basketball spielen, so lange wir wollen. Bis jetzt geht das nicht, weil wir kein Licht haben und den Ball nicht mehr sehen. Weiter haben sie gemeint, warum wir Alten nicht solche Ideen hätten, die gut wären für sie. Ja, wir Alten meinen meistens zu wissen, was die Jungen brauchen. Aber auch wir sind in jungen Jahren unter der Strassenlampe gestanden und haben gespielt. Die Schule ist seit eh und je der Ort, an dem man sich am Abend gerne trifft. Wie die Motionärinnen in ihrem Vorstoss schreiben, ist das kommerzielle Ausgehangebot kostspielig und unter 18 findet man kaum irgendwo Einlass. Dass ihr euch im Ausgang bewegen und kreativ sein wollt, ist eine gute Sache, die man unterstützen sollte. Es ist ja nicht so, dass am Abend keine Plätze beleuchtet wären; wenn sich ein Verein meldet, so werden die Flutlichter gestartet. Warum soll den Bedürfnissen der Jungen nicht auch entgegen gekommen werden? Ihr denkt in eurer Motion auch weiter und seid euch bewusst, dass Junge manchmal auch Vandalen sind und dass es Littering gibt und ihr möchtet einen Schutzraum und Sicherheit für euch. Es stimmt, die Securitas ist bereits auf gewissen Schulanlagen, aber sie ist nicht ständig präsent und ich frage mich, ob es wirklich nötig ist, bei allem, was wir neu machen, eine professionelle und sichere Überwachung zu installieren. Ihr seid motivierte junge Leute, ihr wollt für euer Projekt bestimmt auch Verantwortung übernehmen und diese Verantwortung soll euch übertragen werden. Wenn ihr mithelft, kann man den Lichtschalter finden und euer Bedürfnis nach Licht wird erfüllt. Ich kriege fast eine Meise, wenn ich lese, dass der Gemeinderat eure Motion gut findet, aber erst einmal ein Jahr lang in einer Arbeitsgruppe ein Konzept entwickeln will. Wenn man so mit Jugendmotionen umspringt, so werden die Motionäre wahrscheinlich nicht mehr davon profitieren können. Jugendprojekte sind bedürfnisorientiert und jede Generation entwickelt immer wieder neue Bedürfnisse. Man muss mit den jungen und engagierten Leuten diesen Weg gehen und ihnen auch Verantwortung übertragen. Als Fraktion haben wir uns aber entschlossen, die Motion nicht als Motion zu überweisen, sondern wir möchten das gern in einem Postulat. Es braucht gewisse Abklärungen, wir möchten nicht einfach stadtweit ein Angebot platzieren, von dem nicht sicher ist, dass es auch wirklich in jedem Stadtteil gebraucht wird. Wir möchten, dass man die flankierenden Massnahmen anschaut, aber das muss nicht ein Jahr dauern. Wir möchten bei der Verwaltung ein paar Wünsche anbringen: Machen Sie doch ein Pilotprojekt gleich in dem Quartier, in dem Nora Krummen lebt. Ziehen Sie die Jugendlichen bei und trauen Sie ihnen zu, dass sie sich engagieren und Verantwortung tragen. Lassen Sie dieses Projekt ab den Herbstferien laufen,

bis sagen wir am 10. Dezember, beleuchten Sie an diesem Datum, dem Menschenrechtstag, den Platz mit Fackeln und Kerzen. Es gibt auch verschiedene Player, die einbezogen werden sollten, wir denken in erster Linie an Quartierorganisationen, an Elternvereine, aber ganz sicher auch an midnight network, das in der Stadt Bern an den Wochenenden offene Turnhallen organisiert und 2009 den Förderpreis der Stadt Bern erhalten hat. Es gibt aber auch die Möglichkeit, Freiwillige beizuziehen, Eltern z.B., und vor allem gibt es TOJ, den Trägerverein offene Jugendarbeit der Stadt. Es darf eigentlich nicht wahr sein, dass die Jugendlichen zu uns kommen, wenn sie Gehör finden möchten für ein Bedürfnis. TOJ, sollte doch die Anlaufstelle sein für eure Bedürfnisse und sollte sich für euch einsetzen, und das unbürokratisch und schnell. Auch da ist seit langem ein Konzept in Entwicklung, für einen Wechsel von Angebotsorientierung zu Bedürfnisorientierung. Hier haben wir ein klassisches Beispiel dafür, wo TOJ und VBG aktiv werden und ihre Kräfte einsetzen sollten. Wir haben grosse Erwartungen an TOJ und VBG und erwarten, dass hier spontan gehandelt wird. Wir hoffen, dass der Lichtschalter für ein Pilotprojekt bald einmal gefunden wird. Wir möchten gern ein Postulat, aber wir stehen hinter euch: Es soll Licht werden in dieser Stadt.

Tanja Walliser (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Die Jugendmotion ist eines der tollsten demokratischen Instrumente, die wir in der Stadt Bern haben. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, selber aktiv zu werden, wenn sie etwas stört, selber zu sagen, was sie wollen. Sie haben mit der Jugendmotion die Möglichkeit, politisch Einfluss zu nehmen und Bern mit zu gestalten. Das ist gerade heute sehr wichtig und ich bin darum sehr froh, dass das Stadtratsjahr den Jugendlichen und Kindern gewidmet ist. Sie haben es nämlich nicht einfach, ganz im Gegenteil. Gerade diesen Sonntag sind es erneut die Jugendlichen, die bluten sollen. Auf ihrem Rücken soll die Sanierung der Arbeitslosenkasse passieren. Die Freiheit der Jugendlichen wird in den letzten Jahren massiv eingeschränkt und ihr Recht auf Selbstbestimmung in Frage gestellt. Anstatt dass man einen echten Generationendialog führt, versucht eine Gesellschaft in der Krise, ihre Fehler aus dem Blickfeld zu verbannen und belegt auffällige Jugendliche mit Verboten und Diskriminierungen: Ausgehverbot, Spielverbot, Alkoholverbot, was weiss ich nicht alles. Die Bevormundung scheint keine Grenzen zu kennen. In den Medien wird einem das Bild einer ausser Kontrolle geratenen, gewalttätigen Jugend vermittelt. Die 100 Jugendlichen, die diese Motion eingereicht haben, wollen sich das nicht mehr länger gefallen lassen. Sie kämpfen für mehr Freiräume, sie kämpfen für ihre Freizeitgestaltung. Ich finde das bewundernswert. Die Motion fordert ja nichts Wahnsinniges: Am Freitag- und am Samstagabend sollen einige Aussensportanlagen bis um 22 Uhr beleuchtet sein. Übrigens geht der Bundesrat noch weiter, mit dem neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz will er sogar die Turnhallen am Abend für Jugendliche öffnen. Wie die Forderung genau ausgestaltet sein soll, können der Gemeinderat und die Direktion BSS vorschlagen, schliesslich handelt es sich um eine Richtlinienmotion. Die Formulierung lässt einen grossen Spielraum. Darum sind wir sehr enttäuscht, dass der Gemeinderat die Motion nur als Postulat annehmen will. Noch mehr enttäuscht sind wir über den Umgang des Gemeinderats mit dieser Jugendmotion. Man hat schlicht vergessen, sie im Jugendrat zu behandeln, die Motionärin wurde erst anfangs Woche darüber informiert, dass die Motion heute im Stadtrat traktandiert ist. Es ist peinlich und schlicht unakzeptabel, wie mit diesen Jugendlichen, die sich für ihr Anliegen dermassen ins Zeug gelegt haben, umgesprungen wird. Setzen wir doch heute ein Zeichen und sagen wir den Jugendlichen in dieser Stadt, dass wir sie und ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Die Fraktion SP/JUSO macht das, darum nehmen wir die Motion an.

Rahel Ruch (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Die Motion ist eine gute Sache und zeigt, dass die Behauptung, die Jugendlichen seien faul, sie lägen die ganze Zeit nur herum, seien am Gamen und Kiffen und weiss nicht was noch alles Schreckliches, nicht stimmt. Es ist wichtig,

dass Jugendliche Räume haben, dass sie sich treffen können und Sport treiben. – Meinetwegen müssen sie dort auch nicht unbedingt Sport treiben, sondern können sich auch sonst treffen. Das möchte ich den Jugendlichen selber überlassen. Ich möchte es auch ihnen überlassen, ob sie am Menschenrechtstag Fackeln entzünden, darum geht es ja ein wenig bei Partizipation. Wir von der Fraktion GB/JA! sind voll dabei, wenn es darum geht, das Dunkel abzuwenden und endlich einmal Licht zu machen und unterstützen die Motion. Allerdings sind wir pointiert der Meinung, dass für die Wahrung der Ordnung Jugend- und Sozialarbeitende zuständig sein sollen und nicht die Polizei und schon gar nicht die Securitas. Es soll ein offener Raum sein, von Jugendlichen gestaltet, vielleicht in Zusammenarbeit mit Jugendarbeiterinnen oder Jugendarbeitern, vielleicht auch nicht. Wir haben hier ein gutes Beispiel dafür, wie es so läuft mit Anliegen von Jugendlichen: Wie mit der Motion umgegangen wurde einerseits, andererseits aber auch die Antwort des Gemeinderats, der der Motion gegenüber zwar irgendwie wohlwollend ist, aber gleichzeitig schon aufzeigt, wie unglaublich kompliziert es ist, wenn man so etwas fordert. – Statt dass man einfach einmal handeln würde. Mit der vorgeschlagenen Umwandlung in ein Postulat droht das Anliegen schubladiert zu werden, wie es oft passiert mit den Anliegen von Jugendlichen. Aber so darf man damit nicht umgehen. Wir finden es sehr wichtig, dass man diese Motion eine Motion bleiben lässt und werden sie auch so unterstützen.

Peter Bühler (SVP) für die Fraktion SVPplus: Auf den ersten Blick finden wir es gut, dass man so etwas fordert und auf den zweiten Blick muss ich sagen: Nein Danke! Ich habe als Sicherheitsmitarbeiter mehrfach helfen müssen, Schulen wieder in den Griff zu bekommen, weil es halt wieder einmal eine Gruppe gab, die die Zeiten nicht eingehalten hat, die sich einen Deut um Nachtruhestörung gekümmert hat, die sich nicht dafür interessiert hat, mit der Spraydose irgend etwas Vernünftiges zu machen, sondern die ganze Schulen versprayed hat, die randaliert hat und was weiss ich noch alles. Ich habe erlebt, dass die Polizei eingreifen musste und solche Sachen. Ich wohne neben einer Schule und musste dort miterleben, dass man sich einen Dreck darum gekümmert, dass dort stand, das Schulareal sei ab 22.00 Uhr gesperrt. Morgens um 3 Uhr musste ich von meinem Job her dort eingreifen, um 5 Uhr kam endlich die Polizeipatrouille und sorgte für Ruhe. Wenn ihr garantieren könntet, dass so etwas nicht passiert, so könnten wir zustimmen, aber diese Garantie könnt ihr nicht geben. Wir haben einen grossen Wandel in unserer Gesellschaft; was früher Ordnung, Anstand und Disziplin war, kann man heute vergessen, es hat verschiedene Gruppierungen, die sich keinen Deut um so etwas kümmern. Klar ist es eine Minderheit, aber genau diese Minderheit macht es aus, der berühmte Stein, den man in die Schafherde wirft. Ich habe auch mitgeholfen, in drei Schulen in der Agglomeration wieder für Ruhe und Ordnung zu sorgen, da muss ich einfach sagen: Der Spass hört genau dort auf, wo man derartige Aufträge bekommt. Es kann nicht sein, dass die ganze Sache dermassen aus dem Ruder läuft, dass Securitas und Polizei aufräumen müssen. Wir lehnen die Motion ab und wir werden auch das Postulat nicht unterstützen, weil wir finden: Im Sommer scheint die Sonne lange genug, da braucht es kein Kunstlicht, und im Winter, in der Kälte, draussen sein: Das ist schizophran, das machen die Jungen ohnehin nicht.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Unsere Fraktion teilt das Anliegen der Motion. Wir hatten den Eindruck, genau sie zeige einen sinnvollen Weg, die Probleme, die Peter Bühler eben skizziert hat, zu bekämpfen. Auch wir sind überhaupt nicht einverstanden mit der Antwort der BSS. Zum einen möchten wir nicht noch mehr Arbeitsgruppen in der BSS, man hat bei anderen Gelegenheiten, z.B. bei der Gemeinwesenarbeit, gesehen, wohin das führt, zum zweiten ist das eine Richtlinienmotion und erst noch eine sehr sorgfältig formulierte. Es heisst: „Ausgewählte Aussensportanlagen in der Stadt Bern zumindest am Wochenende a-

bends bis 22 Uhr zu beleuchten.“ Das ist so moderat formuliert, dass es am Anfang auch nur eine einzige Anlage sein könnte. Und dann ist es wie gesagt erst noch eine Richtlinie und wenn wir wissen, wie der Gemeinderat sehr oft mit Richtlinienmotionen umgeht, hat er ja wohl genügend Spielraum bei der Umsetzung. Wir werden diese Motion darum als Motion annehmen und bitten die Motionärin, nicht zu wandeln. Und ein letztes: Es wird immer wieder mit der Lärmbelästigung der Anwohnenden argumentiert. Wir wohnen nicht auf dem Land, und in der Stadt ist es halt manchmal ein bisschen lauter. Das haben wir schon gesagt, als es darum gegangen wäre, im Marzili eine Lounge einzuführen. Wir und die BDP/CVP waren die einzigen Fraktionen, die das unterstützt haben, weil wir finden, in einer Stadt solle es ein wenig lebendig zu und her gehen und man solle nicht immer alles wegen Lärmbelästigung, nota bene nur bis um 22 Uhr, verhindern.

Béatrice Wertli (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Drehen wir die Frage um. Was, wenn man Jugendliche fragen würde: „Was könnte man machen, damit ihr am Wochenende eine sinnvolle Beschäftigung hättet, wenn die Grossen im Ausgang sind?“ und die Jugendlichen in Arbeitsgruppen über verschiedene Projekte nachdenken und sie evaluieren würden und zum Schluss kämen: Jugendmotion, Licht für Sportanlagen, das ist die Lösung? Diese Überlegungen, die Anstrengung und das Engagement der Jugendlichen freuen uns sehr, wir unterstützen das und auch diese Motion. Sie dient einer besseren Freizeitgestaltung und wenn es dabei Hindernisse gibt wie z.B., dass das Licht am Abend ausgeschaltet ist, so soll man diese Hindernisse aus dem Weg räumen. „Das vorliegende Begehren entspricht grundsätzlich der Strategie des Gemeinderates.“ Perfekt! In dem Fall kann er es ja auch umsetzen. Bern braucht Bewegung, Sport ist eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Und die Widrigkeiten, die er in der Antwort aufwirft, müssen aus dem Weg geräumt werden, indem man die Motion annimmt und bei der Umsetzung z.B. darauf achtet, ob Quartiervereine oder TOJ einbezogen werden können. Und wenn es Anliegen gibt aus der Nachbarschaft, so muss man auch sie einbeziehen. Wenn man ein Postulat hat und dann feststellt, es geht oder es geht nicht und dann müsste man eine Motion einreichen: Das ist ein zu langer Weg. Wir freuen uns, dass die Jugendlichen sich engagieren, wir denken, dass ihre Motion das Richtige ist, um die Freizeitgestaltung zu erweitern, eine Vielfalt zu ermöglichen. Ich gratuliere ihnen und danke ihnen und unterstütze die Motion.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Unsere Fraktion begrüsst es, wenn sich Junge engagieren, das habe ich schon in meinem ersten Votum heute gesagt. Wir finden es auch gut, wenn Jugendmotionen eingereicht werden, wir halten das grundsätzlich für ein positives Instrument. Beim Anliegen selber sind wir etwas kritischer. An sich können wir die Argumentation zwar nachvollziehen, sie scheint uns plausibel, aber die Bedenken, die der Gemeinderat aufführt, sind natürlich nicht einfach von der Hand zu weisen, wie dies andere Parteien gemacht haben, sondern es gibt auch noch Anwohnende rund um diese Sportplätze und es gibt Leute, die diese Sportplätze bewirtschaften müssen. Wer schon einmal einen Sportplatz zu reservieren versucht hat, weiss, dass es immer einen Hauswart mit dem Schlüssel braucht. Man kann also nicht einfach sagen, wir lassen das Licht ein wenig länger eingeschaltet und damit ist alles in Ordnung. Darum lehnt die Fraktion FDP die Motion ab, wäre aber bereit, sie nach einer Wandlung als Postulat zu überweisen im Sinn, wie es der Gemeinderat ausführt. Und wenn man eine gute Lösung findet mit den Anwohnenden und mit den Hauswarten, so sind wir natürlich bereit, diese Sportanlagen bis um 22 Uhr zu betreiben.

Motionärin *Nora Kruppen*: Es ist vorhin das Argument vorgebracht worden, das wir erwartet haben: Es kommen Jugendliche, die Radau machen wollen. Jugendliche, die nicht interessiert sind und die nur Radau machen wollen, kommen gar nicht erst. Es kommen die Jugendlichen,

die Sport treiben wollen und die sich treffen wollen und nicht die, die lärmern, saufen oder sich prügeln wollen. Wir haben absichtlich die Formulierung „bis 22 Uhr“ gewählt und ich sehe nicht, warum der Lärm für die Anwohnenden ein Problem sein sollte. Die Nachtruhe ist gewährt, ab 22 Uhr ist Ruhe. Wir halten an der Form der Motion fest.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt die Jugendmotion erheblich (42 Ja, 12 Nein).

Die Sitzung wird um 15.20 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 16.50 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Urs Frieden

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Leyla Gül	Halua Pinto de Magalhães
Peter Ammann	Lukas Gutzwiller	Rahel Ruch
Cristina Anliker-Mansour	Kurt Hirsbrunner	Hasim Sancar
Rania Bahnan Buechi	Jimy Hofer	Martin Schneider
Vinzenz Bartlome	Mario Imhof	Alexandre Schmidt
Giovanna Battagliero	Roland Jakob	Silvia Schoch-Meyer
Kathrin Bertschy	Ueli Jaisli	Miriam Schwarz
Lea Bill	Dannie Jost	Tanja Sollberger
Manfred Blaser	Ruedi Keller	Hasim Sönmez
Peter Bühler	Daniel Klausner	Barbara Streit-Stettler
Rithy Chheng	Vania Kohli	Luzius Theiler
Conradin Conzetti	Michael Köpfli	Martin Trachsel
Dolores Dana	Peter Künzler	Aline Trede
Bernhard Eicher	Annette Lehmann	Nicola von Greyerz
Susanne Elsener	Edith Leibundgut	Tanja Walliser
Tania Espinoza	Daniela Lutz-Beck	Peter Wasserfallen
Regula Fischer	Martin Mäder	Thomas Weil
Rudolf Friedli	Corinne Mathieu	Béatrice Wertli
Jacqueline Gafner Wasem	Robert Meyer	Manuel C. Widmer
Judith Gasser	Christine Michel	Rolf Zbinden
Simon Glauser	Patrizia Mordini	Christoph Zimmerli
Guglielmo Grossi	Stéphanie Penher	

Entschuldigt

Henri-Charles Beuchat	Beat Gubser	Pascal Rub
Sonja Bietenhard	Stefan Jordi	Yves Seydoux
Jeannette Glauser	Lea Kusano	Gisela Vollmer
Thomas Göttin	Ursula Marti	Beat Zobrist
Claude Grosjean		

Vertretung Gemeinderat

Reto Nause SUE	Edith Olibet BSS	Regula Rytz TVS
----------------	------------------	-----------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Barbara Hayoz FPI	
-------------------------	-------------------	--

Ratssekretariat

Bettina Kläy, Ratssekretärin	Beat Roschi, Ratsweibel	
Annika Wanner, Protokoll	Petra Hirt, Telefondienst	

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

5 Motion Rolf Zbinden (PdA): Jedem Kind ein Instrument

Geschäftsnummer 10.000079 / 10/230

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 18. August 2010

Motionär *Rolf Zbinden* (PdA): Selten waren sich der Gemeinderat und ich so einig in einer Sache. Was die positive Bedeutung des aktiven Musizierens für die Persönlichkeitsentwicklung anbelangt, verdanken wir die Argumente gegenseitig. Da können wir uns fast nicht mehr überbieten. Trotzdem will keine richtige Freude aufkommen. Wie ernst es dem Gemeinderat mit seiner Begeisterung für das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ist, ist aus der Antwort leider nur bedingt zu erfahren. Dass er den Pilotversuch der Musikschule Konservatorium in Bern West mit Interesse verfolgt, glauben wir ihm gerne. Etwas anderes hätte uns doch sehr erstaunt. So verbindlich tönt das jedenfalls nicht. Wo stehen wir mit unserem Anliegen? Sicher nicht im politischen Niemandsland, können wir doch an das Postulat „Förderung der Freizeitbeschäftigung von Kindern“ der GFL/EVP vom 15. November 2007 anknüpfen. Im Bericht des Gemeinderats zu diesem am 19. Juni 2008 erheblich erklärten Postulat können wir lesen: „Musik könnte noch stärker in den Dienst der Bildung in der Schule gestellt werden. Durch das Musizieren in Klassen beispielsweise würde der Einstieg in den Instrumentalunterricht für alle Kinder ohne Unterschiede der sozialen Herkunft erleichtert“. Genau so ist es. Wenn der Gemeinderat wirklich glaubt, was er schreibt, wenn er vom Wert des aktiven Musizierens wirklich überzeugt ist, dann kann er sich unserem Anliegen und unseren Vorschlägen nicht entziehen. Wenn wir aber seinen Antrag anschauen und ihm Folge leisten, riskieren wir, ein Projekt in den Sand zu setzen, welches in seiner Nachhaltigkeit einzigartig und in der Integrationskraft vorbildlich sein könnte. Wer hat Angst davor, dass schulische Bildung pure Lust sein könnte? Hätte ich die Möglichkeit, die Standortfaktoren zu gewichten, wäre ich um eine Antwort nicht verlegen. Der Widerspruch ist eklatant. Im Alltag der Jugendlichen ist die Musik omnipräsent. Musik ist das eigentliche Leitmedium in der Jugendkultur. Musik ist in allen Ohren und doch ist das Musizieren nach wie vor eine äusserst exklusive Angelegenheit. Es herrscht faktisch ein Numerus clausus, über welchen selten öffentlich diskutiert oder gestritten wird. Er wird als selbstverständlich angeschaut und hingenommen, weil er über das Portemonnaie gesteuert wird. Instrumentalunterricht als Teil der Hochkultur, so sind wir es uns gewohnt. Die Hochkultur ist gerade auch sozial exklusiv. Die Motion „Jedem Kind ein Instrument“ eröffnet eine Perspektive, um die Gleichheit der Chancen in einem Bereich der Bildung zu verbessern, wo die Bedeutung von keiner Seite bestritten wird. Wer sich die Mühe gemacht hat, die drei Antragspunkte unserer Motion sorgfältig zu lesen, wird gemerkt haben, dass es sich nicht um „Instrumente her, aber subito!“ handelt. Die Motion fordert eine Weiterentwicklung des Projekts des Konservatoriums mit einer Perspektive, die seinem Anspruch entspricht. Jedes Kind macht Musik. Mit einer Zustimmung zur Motion werden wir erst am Anfang stehen. Wir öffnen uns eine Tür und begeben uns auf einen Weg, der Einfallsreichtum, Kreativität, Experimentierlust fordert und fördert. Wir verlassen damit das Jammertal der Defizite und bauen auf die Potentiale, Ressourcen und Energien der Kinder und Jugendlichen. Wenn das blauäugig, naiv und utopisch sein soll, dann muss ich mich allerdings fragen, worin der Sinn politischen Engagements heute, morgen und übermorgen noch liegen könnte.

Die musikpädagogische Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ für das Ruhrgebiet hat in den vergangenen Jahren Pionierarbeit geleistet. Im krisengeprüften Revier hat man sich ein hohes Ziel gesteckt. Bis Ende 2010 sollen alle Erstklässler der gesamten Region die Möglichkeit erhalten, ein Musikinstrument zu erlernen. Da werden gegenwärtig Erfahrungen gemacht. Es wimmelt nur so von Pilotprojekten. Es gibt Angebote und Widerstände, aber auch Lösungen. Wir brauchen nur zuzuhören, auszuwerten, zu profitieren. So könnte sich über kurze Distanzen ein Erfahrungs- und Wissenstransfer entwickeln, der sich angenehm von den bis zum Überdross bekannten Kontakten auf Event- und PR-Ebene unterscheiden würde. Mit unserer Motion ist nichts delegiert, abgeschoben und erledigt. Die Umsetzung erfordert von vielen Seiten Engagement. „Jedem Kind ein Instrument“ – davon sind viele betroffen, damit sind viele gefordert. Viele werden herausgefordert, ihre eigenen Erfahrungen und ihr Wissen einzubringen. Wer zweifelt, dass dieses Projekt die Musikschule Konservatorium beflügeln werde, wer glaubt, dass „Jedem Kind ein Instrument“ die Hochschule der Künste, die pädagogische Hochschule, die Studierenden kalt lassen wird, wer meint, dass sich die Bürgergemeinde leisten kann, eine solche kulturelle Initiative zu ignorieren? Was glauben Sie, wer noch so gerne bei der Ausstattung mit Instrumenten helfen wird? Wie viele Geigen auf dem Estrich warten nur darauf, gestrichen zu werden? Ich will gar nicht von einer Charmeoffensive des Symphonieorchesters und dem Erfindungsreichtum der Musikszene sprechen. Wir können heute Nachmittag mehr als ein Zeichen setzen. Wir können konkret einen Anstoss geben, die musikalische Bildung, die aktive Gestaltung des Reichs der Musik von den sozialen Schranken zu entlasten, die gerade in diesem Bereich jeder Chancengleichheit spotten. Wir haben die Chance, einen kreativen Prozess anzuschieben, der von vielen Seiten belebt werden kann. Wir haben es hier und jetzt in der Hand, die Musik und das Musizieren als Lebens- und Ausdrucksform gerade auch der nachwachsenden Generation ernst zu nehmen. Wir haben die Chance, unseren Worten Taten folgen zu lassen.

Fraktionserklärungen

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Die Motion ist nicht so weit daneben. Als Musizierender muss ich feststellen, dass 99% der Bevölkerung unmusikalisch ist. Etwa 99% der Bevölkerung konsumiert Musik ausschliesslich. Nur ein Promillesatz der Bevölkerung produziert Musik oder macht kreativ selber Musik. Musikunterricht in der Schule anzubieten ist richtig. Aber dass das eine Stadt in dieser Form machen muss, kann ich nicht nachvollziehen. Wer heute Musik machen will, kann Musik machen. Es steht ihm niemand im Weg. Die Möglichkeiten sind gegeben. Es sind genügend Instrumente vorhanden. Wie will man die ganze Verteilung organisieren? Das ist mir nicht klar und kommt hier zu wenig zum Vorschein, als dass man diese Motion überweisen könnte. Wie will man das machen, jedem Kind ein Instrument zu geben? Das ist irreführend. Ein Instrument alleine macht noch keine Musik, ausser ganz moderne Instrumente, die auf Knopfdruck hin Musik machen. Musik machen ist und bleibt kein Breitensport. Das wird es auch nie sein. Musik machen ist ein Nischenprodukt. Die Leute, die in ihrer Kindheit Musik gemacht haben, bleiben selten fürs ganze Leben dabei oder üben das gar als Beruf aus. Berufsmusiker sind sehr dünn gesät. In Bern haben wir eine gute Musikkultur, die ohne solche staatliche Förderprogramme entstanden ist. Darum kann ich mich der Idee nicht anschliessen, dass das von staatlicher Seite gefördert werden sollte. Man sollte das den Eltern überlassen, was man natürlich nicht machen kann, wenn man die Kinder am Morgen um acht Uhr in die Kita schickt und sie am Abend um sieben Uhr wieder abholt. Dann bekommt man nicht mit, dass die Kinder musikalisch sind und kann ihnen nicht auf die Sprünge helfen. Aber wenn man sich um die Kinder kümmert, sind wir in unserer Wohlstandsgesellschaft im Stande, sie musikalisch zu fördern, ohne auf den Staat zurückgreifen zu müs-

sen. Wenn ich sehe, welche Kostenfolgen dieses Projekt hat, ist das momentan nicht das dringendste gesellschaftliche Bedürfnis.

Conradin Conzetti (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: „Jedem Kind ein Instrument“ – ist das ein staatliches, ein städtisches Interesse? Unsere Fraktion hat sich dazu fünf Punkte überlegt.

1. Musik selber spielen heisst, sich selber zum tönen und zum Ausdruck zu bringen, sich selber mit dem eigenen Befinden, mit eigenen Gefühlen, eigenen Daseinswahrnehmungen wie Freude, Angst, Wut, Unsicherheit, Liebe, Spiritualität, Genuss, Religiosität, Krankheit. Dass wir uns zum Ausdruck bringen können, ist für unser Leben grundlegend wichtig.

2. Zum Musizieren gehört, dass man das mit dem eigenen Körper als Instrument macht, mit dem Atem, dem Tasten, dem Schlagen, dem Greifen, mit den eigenen Ohren, der eigenen Stimme. Der ganze Körper ist dabei beteiligt. Dazu gehört das Üben, das Dranbleiben ohne aufzugeben, das Weiterprobieren, das Weiterkommen. Das schafft ein Gefühl von „ich kann es doch mehr oder weniger oder weniger oder mehr“. Das ist wichtig für die menschliche Entwicklung, dass wir dieses Gefühl erhalten. Der Tanz hat eine ähnliche körperliche Bedeutung wie das Musik spielen.

3. Das Musizieren fördert das gemeinsame Musizieren. Als Ausdruck von mir selber erhalte ich eine Antwort von anderen oder einen Mit-Ausdruck der Anderen. Musik führt fast zwangsläufig zum Mitspielen, zur Reaktion der Anderen. Es hat eine soziale Seite. Musik spielen ist etwas anderes als auf play zu drücken und zuzuhören.

4. Das Musizieren verbindet mit verschiedenartigsten musikalischen Traditionen in der Gegenwart und Vergangenheit in der Schweiz und auf der Welt. Mit der Schweizer Volksmusik aus dem Appenzell und dem Val d'Anniviers, mit den Lunik, mit Antonio Vivaldi, mit der rumänischen Roma-Musik, mit Bachs Matthäus-Passion, mit Take Five, mit Jazz, mit Rock, mit Schumann, mit türkischer Volksmusik, mit Patent Ochsner, mit House, mit Basler Fasnachtsmusik, mit Stravinsky, mit Rotas Filmmusik, mit arabischer und afrikanischer Musik. Derartige verschiedene Traditionen zu hören, zu lernen und ein Stück weit mitzugestalten und mitzumachen, verbindet und spezifiziert. Das ist wichtig für das menschliche Zusammenleben überhaupt.

5. In diesem Punkt widersprechen wir dem Votum von Jimy Hofer. Unserer Gesellschaft geht es zwar wohlstandsmässig und materiell gut, aber seelisch nicht so. Die Statistiken der Burnouts, der seelischen Krankheiten und der Selbsttötungen sprechen für die Schweiz eine schwierige Sprache. Zum seelischen Wohlbefinden und zur seelischen Gesundheit gehören Musik und andere Künste viel mehr dazu als das Erlernen von Rechnen, Schreiben, Lesen oder der Computerbedienung. Darum sieht unsere Fraktion ein öffentliches Interesse am Musikspielen. In früheren Jahrhunderten hat der Staat auch entdecken müssen, dass es ein öffentliches Interesse ist, schreiben, rechnen und lesen zu lernen. Unsere Gemeindeordnung schreibt in Artikel 16 Absatz 1 vor: „Die Stadt unterstützt die Eltern in der Ausbildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder“. Nicht alle Eltern können das von sich aus organisieren oder finanzieren. Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dass alle Kinder die Möglichkeit erhalten, das zu versuchen. Das heisst nicht, dass sie während Jahren einen Meisterunterricht erhalten müssen. Die Motion von Rolf Zbinden verlangt, dass jedes Kind diesen Versuch mit einem Instrument machen können soll, unabhängig von der Situation, vom Wissen oder von der finanziellen Lage der Eltern. Dazu soll der Gemeinderat eine Finanzvorlage vorlegen. Es geht um eine Weiterentwicklung eines bereits begonnenen Projektes, bei welchem durchaus eine gestaffelte Finanzierung denkbar ist. Wie könnten wir das finanzieren und organisieren? Die Antworten darauf verlangen wir vom Gemeinderat. Wir unterstützen diese Motion.

Patrizia Mordini (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst diese Motion sehr. Musikunterricht und das Erlernen eines Musikinstruments ist förderlich für die mentale und soziale Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die positiven Auswirkungen, die der Musikunterricht und das Erlernen eines Musikinstruments auf Kinder haben, sind wissenschaftlich erwiesen. Es kommt zu Leistungssteigerungen in Mathematik, Intelligenztests fallen höher aus und das logische Denken verbessert sich. Es hat positive Auswirkungen auf die sozialen Kompetenzen und auf die Gewaltprävention, wenn Kinder gemeinsam musizieren und einen erweiterten Musikunterricht haben. Eine Studie von Hans Günther Bastian aus dem Jahr 2000 legt das dar. Wenn man die entwicklungspsychologischen Argumente betrachtet, sehen wir, dass die Vor- und Grundschuljahre ein wichtiges Zeitfenster für die Entwicklung der kulturellen Persönlichkeit sind. Die muss man unbedingt pädagogisch nutzen, sonst vergeben wir uns eine Chance, wenn wir hier nicht investieren. Es ist begrüssenswert, dass die Stadt bereits mit der Musikschule des Konservatoriums Bern am Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ beteiligt ist. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, hin zum Einbau von Instrumentalunterricht an den Primar- und Sekundarschulen. Weiterer Effort ist gefragt. Das Zur-Verfügung-Stellen von Instrumenten für Schülerinnen und Schüler ist ein sehr zentrales Anliegen. Instrumente wie Cello und Piano sind für Eltern aus einer tieferen sozioökonomischen Schicht kaum ins Budget einzubauen. Die Leitidee dieser Motion ist die Chancengleichheit. Wenn die Eltern über das Budget verfügen, können sie ihrem Kind das gewünschte Instrument kaufen. Wenn sie über ein eigenes Haus verfügen, können die Kinder ungestört üben. Je niederschwelliger ein Angebot ist, das die Stadt offeriert, desto einfacher und chancengleicher ist der Zugang dazu. Darum ist dieses niederschwellige Angebot wichtig. Es ist eine städtische Aufgabe. Es geht um eine Forderung, die den richtigen Punkt trifft. Die Kinder sollen ihrer natürlichen Neugier und ihrer Lust entsprechend diese Möglichkeit haben, sich mit einem Instrument zu beschäftigen, das sie interessiert. Es soll ein Instrument sein, das über die Blockflöte hinausgeht – ohne Abwertung gegenüber der Blockflöte – und das Budget der Eltern übersteigen würde. Auf diesem Projekt des Konservatoriums soll man aufbauen und dessen Ausbau anstreben, so wie das die Motion fordert, so dass über die Jahre hinweg immer mehr Kinder von dieser sehr förderlichen Massnahme profitieren können. Es verspricht ein Erfolgsprojekt auf den Spuren des Projekts aus dem Ruhrgebiet zu werden. Unsere Fraktion bejaht diese Motion und die Finanzvorlage. Jimmy Hofer, es geht hier nicht darum, mehr Profimusikerinnen und -musiker auszubilden. Sie fliegen in einer anderen Flughöhe! Es geht darum, dass man die Instrumente zur Verfügung stellt und dass die Kinder sich damit auseinandersetzen können.

Dannie Jost (FDP) für die FDP-Fraktion: Da die Kostenfolgen des Pilotprojekts noch nicht geklärt sind, lehnt die FDP-Fraktion die Motion ab. Wenn es in der Tat wissenschaftlich erwiesen ist, dass Musizieren die kognitiven Fähigkeiten fördert, warum integriert es die Erziehungsdirektion dann nicht in den Lehrplan?

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Ich schliesse mich den Vorrednerinnen und Vorrednern, die diese Motion befürwortet haben, an. Für die GB/JA!-Fraktion ist das Musizieren bei Schulkindern zu fördern, weil ihre Entwicklung sowohl kognitiv als auch kreativ positiv beeinflusst wird. Der Vorstoss ist wichtig, gerade jetzt, da der Kanton mit der Rückweisung des Projekts „Bildung und Kultur“ ein schlechtes Signal ausgesendet hat, obwohl das Projekt im Vorfeld ziemlich abgespeckt wurde. Einmal mehr hat die Politik gezeigt, dass die Bildung der Kinder für sie wenig wichtig ist. Ich erlaube mir, eine Initiative zu erwähnen, die von einer privaten Interessengruppe im Jahr 2008 auf nationaler Ebene mit 154'000 Unterschriften eingereicht wurde und die der Nationalrat zur Ablehnung empfohlen hat. Wir können nicht darauf warten, bis national oder kantonale endlich Schritte unternommen werden. Wir

können auf städtischer Ebene sehr wohl fortschrittlicher sein! Wenn wir die Chancen der sozial benachteiligten Kinder erhöhen möchten, müssen wir dieser Motion zustimmen und nicht auf bessere finanzielle Zeiten warten, auch in Anbetracht der Tatsache, dass mehr Musik auf die Umsetzung des Integrationsartikels eine positive Wirkung haben wird.

Martin Schneider (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Ich komme soeben aus dem Unterricht. Ich habe mit meinen Schülern Musik gemacht. Es macht enorm Spass. Für mich ist Musik das pädagogisch wertvollste Mittel. Durch Musik lernt man, dass miteinander wirklich miteinander ist, auch wenn man anders ist. Unbestritten ist Musik integrativ förderlich und förderlich in der individuellen Entfaltung jedes Kindes. Stellen Sie sich aber vor, jedes Kind muss ein Instrument spielen. Bei mir in der Klasse ist das seit 10 Jahren so. Jedes Kind muss sich beteiligen. Aber es gibt Menschen, die a) nicht musikalisch sind und b) sich geplatzt fühlen, wenn sie irgendein Instrument spielen müssen. Ich habe in meiner Kleinklasse die Möglichkeit, solche Kinder am Mischpult Knöpfe drücken oder die Rauchmaschine bedienen zu lassen. So kann ich die Individualität jedes Menschen herausstreichen. Wenn nun aber alle in die gleiche Kerbe schlagen, ist es für mich und für unsere Fraktion schwierig. Trotzdem finden wir die Grundstossrichtung dieser Idee sehr gut. Wir begrüßen es, dass ein Pilotversuch läuft. Wir möchten gerne weiter informiert werden, wie das funktioniert. Einen Zwang wollen wir nicht. Darum werden wir die Motion ablehnen. Einem Postulat werden wir zustimmen.

Einzelvoten

Peter Ammann (GLP): Ich spreche als Einzelredner. Ich gehe davon aus, dass ich in unserer Fraktion eine Minderheitenmeinung vertrete. Ich bin Betriebsökonom und spiele kein Instrument. Ich bin ein Kopfmensch. Ich habe als Ausgleich einen Hund, mit dem ich in die Natur gehe. Mein Bruder ist Vollblut-Berufsmusiker. Er war Freejazzler. Heute ist er Musiklehrer und auch in der Lehrerfortbildung tätig. Ich habe mit ihm oft interessante Diskussionen zu diesem Thema. Dabei kristallisiert sich heraus, dass unsere Welt anders aussehen würde, wenn wir neben Sprache, Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern auch Musik oder andere musische Fächer als Pflichtfächer für eine gewisse Zeit in der Schule besuchen müssten. Wie Jimmy Hofer gesagt hat, bleiben lange nicht alle bei der Musik, die einmal Blockflöte spielen gelernt haben. Aber es bleiben auch nicht alle ein Leben lang bei der Mathematik, obwohl sie das in der Schule lernen mussten. Ich werde aufgrund dieser Überlegungen der Motion zustimmen.

Manfred Blaser (SVP): Ich habe auch einmal ein Instrument gespielt. Man kann das aber nicht verallgemeinern. Wenn man in die Schule kommt, lernt man zuerst Flöte spielen. Wer weiterkommen möchte, hat in der Schule die Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen. Ich war in der Schulkommission im Kleefeld aktiv. Dort hat man eine Band gegründet. Das wurde gefördert. Es gibt Kinder, die kein Interesse an Musik haben. Es hat keinen Sinn, jemanden zu zwingen, ein Instrument zu spielen. Lassen Sie die Kinder Kinder sein und lassen Sie sie selber entscheiden, was sie wollen, müssen und sollen.

Jimmy Hofer (parteilos): Den Voten entnehme ich, dass nicht klar ist, was die Motion genau will. Man könnte den Musikunterricht in der Schule fördern. Das wäre sinnvoll. Wer weitermachen will, hat alle Möglichkeiten offen. Dass staatlich gefördert wird und wahrscheinlich auch noch staatlich vorgegeben wird, was musiziert werden darf und in welche Richtung musiziert werden darf, kann ich nicht nachvollziehen. Musik machen ist keine staatliche Aufgabe. Kultur, v.a. Musik, muss frei bleiben, muss sich selber entwickeln und von unten her selber gedeihen. Da darf man nur im privaten Rahmen ein wenig nachhelfen. Staatliche Förderprogramme sind

v.a. im Osten schief gelaufen. Es gab keine braven Musiker und brave Bands. Das ist gescheitert. Die Musikkultur, die wir kennen und die weltumspannend ist, ist nicht so entstanden. Da ist keine staatlich verordnete Band oder staatlich anerkannte Band berühmt worden. Musik ist ein hartes Pflaster. Es ist eine Lebensschule. Wenn man etwas erreichen will, muss man sich durchbeissen und bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Da darf der Weg nicht allzu stark geebnet werden. Das wäre kontraproduktiv.

Motionär *Rolf Zbinden* (PdA): Wir sind einen wichtigen Schritt weitergekommen. Darüber, was staatlich gefördert werden soll, werden wir uns hier nie einig werden. Der Popanz mit dem Zwang ist ab dem zweiten Votum nicht mehr vorgekommen. Es geht nicht um einen Zwang. In unserer Motion steht, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Zugang zu Instrumentalunterricht erhalten sollen. Wir respektieren alle Initiativen, die es bereits gibt. Die sollen nicht abgewürgt werden. Aber es gibt keinen Grund, diese Initiativen gegen unsere Motion auszuspielen. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass er dem Pilotprojekt des Konservatoriums sehr positiv gegenübersteht. Der Name der Initiative des Konservatoriums ist klar. Es ist der gleiche Ansatz. Diesen Ansatz wollen wir mit unserer Motion zusätzlich anstossen. Er soll nicht nur regional auf ein kleines Gebiet beschränkt sein.

Jimmy Hofer (parteilos): Wir haben Stipendien. Wenn jemand Musik machen will, kann er das im einfachen Musikunterricht machen. Man merkt, ob jemand musikalisch ist oder nicht. Man muss dem Kind kein Instrument geben, sondern muss es singen lassen. Man kann a-capella Musik machen oder selber Instrumente bauen. Das ist noch viel kreativer. Gewisse Musikschulen bieten das an. Wenn jemand ernsthaft weiter Musik machen will, gibt es dafür Stipendien. Die Migros hat die Kulturprozente. Dort kann man jederzeit für ein Stipendium anfragen. Im Konservatorium werden Leute gefördert, die ernsthaft Musik betreiben wollen. Für Personen, die weiterhin Musik machen wollen, ist diese Motion bereits erfüllt. Der Weg in der Musik muss steinig sein, damit etwas hervorgebracht wird.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Als Stiftungsratspräsidentin des Konservatoriums, als Direktorin der BSS und in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat erachte ich das, was in dieser Motion gefordert und gesagt wird, als wichtig und richtig. Wer will, der kann. Das ist so. Die Gemeinden sind per kantonalem Musikschuldekret verpflichtet, eine Institution als Musikschule zu bezeichnen. Bei uns ist dies das Konservatorium Bern. Wer dort in den Unterricht geht, unterliegt keinem Numerus clausus. Wer dort ein Instrument lernen will, kann das. Die Problematik ist, dass nicht alle Kinder den Zugang zu dieser Institution finden und ein Instrument spielen können. Wir haben geschaut, woher die Kinder kommen, die ein Instrument im Konservatorium spielen und die Musikschule besuchen. Es gibt eine Differenz je nach sozialer Situation, in welcher die Leute leben. Im Westen gehen weniger Kinder ins Konservatorium oder in den Musikschulunterricht, obwohl wir dort eine Filiale haben. Ich schreibe diess nicht dem mangelnden Interesse der Kinder zu, sondern der Situation, in der die Kinder aufwachsen und leben. Im Kleefeld hat das Konservatorium die Idee der Bläserklasse lanciert. Dabei geht es darum, Kindern, die nicht normal den Zugang zur Musik finden, zu ermöglichen, diese Seite entfalten und ausleben zu können. Die Idee von „Jedes Kind macht Musik“ ist, Kindern die Tür zur Musik öffnen zu können, weil wir wissen, welche gute Wirkung die Musik hat. Rolf Zbinden fügte das Beispiel von Deutschland an. Dort herrschen jedoch andere Finanzvorschriften als in der Stadt oder im Kanton Bern. In Deutschland können Sie Defizite schreiben und niemand sagt etwas. Vielleicht jammert jemand, aber im Folgejahr werden noch rottere Zahlen geschrieben. Bei uns ist eine andere Haltung gegenüber der öffentlichen Defizitmacherei vorhanden. Das Konservatorium hat ein gutes Konzept. Vielleicht löst das auch Missverständnisse auf. Auf Seite 2 im vierten Abschnitt der Antwort des Gemeinderats ist die Idee des Pro-

jekts „Jedes Kind macht Musik“ beschrieben. Man beginnt im ersten Schuljahr mit Singen und baut langsam im zweiten Schuljahr Instrumente ein. Im dritten und vierten Schuljahr wird dies zu Ensembleunterricht im Rahmen des schulischen Musikunterrichts erweitert. Vielleicht hört jemand nach der fünften Klasse auf. Das ist wohl möglich. Es gibt einen klaren Aufbau. Und das Wichtige ist, dass der Unterricht nicht nur von Regellehrpersonen, sondern von Regellehrpersonen und ausgebildeten Musiklehrpersonen gestaltet wird. Das ist ein Teamwork. Die besonderen Kompetenzen einer Lehrperson, die am Konservatorium Musik unterrichtet, kommen so dazu. Ich will keiner Lehrperson zu nahe treten, aber eine ausgebildete Lehrperson des Konservatoriums hat eine andere Ausbildung als eine Regellehrkraft. Die Idee der Sponsoringgelder ist gut. Wenn mir Rolf Zbinden die Sponsoren beschafft, werden wir das Pilotprojekt des Konservatoriums weiter ausdehnen, falls wir auch Lehrpersonen finden, die mitmachen. Der Gemeinderat will das Ergebnis des Pilotprojekts abwarten. Auf kantonaler Ebene ist das Musikschulgesetz in Revision. Man will das Dekret in ein Gesetz überführen. Die Vernehmlassung ist abgeschlossen. Das Musikschulgesetz sieht eine engere Zusammenarbeit zwischen den Musikschulen und den Volksschulen vor. Es geht auch um die Finanzierung. Wir können das schon allein finanzieren, aber dann muss man auch bereit sein, rote Zahlen zu schreiben. Welche neuen Möglichkeiten das Projekt „Bildung und Kultur“, das vom Grossen Rat zurückgewiesen worden ist, öffnet, ist noch unklar. Darum empfiehlt der Gemeinderat dem Stadtrat, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich (37 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltung).

6 Postulat GB/JA! (Natalie Imboden/Jeannette Glauser, GB): Patengrosseltern auch in Bern?

Geschäftsnummer 10.000068 / 10/202

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 5. Juli 2010

Fraktionserklärungen

Ruedi Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Wir bestreiten ein paar Punkte dieses Postulats. Einen einzigen Punkt können wir als Postulat gelten lassen. Wir finden es wichtig, dass junge und alte Leute zusammenkommen. Das ist für beide Seiten förderlich. Die Jungen sehen, dass die Grosseltern alte Leute sind und Gebrechen haben und dass man dafür Verständnis haben muss. Die alten Leute sehen, wie die Jungen heute denken. Dieser gegenseitige Prozess ist befruchtend. Früher war das einfacher. Da lebten die Grosseltern nebenan im Stöckli. Bei meinen Cousins war das so. Da musste man das nicht speziell fördern. Der Kontakt war grösser in den Quartieren. Die alte Witwe von unten schaute zu den Kindern der jungen Familie von oben. Heute sind die Wohnsituationen meistens anonymer. Es kann sein, dass es Kinder gibt, die keine Bezugsperson im Alter ihrer Grosseltern haben, weil die Grosseltern vielleicht gestorben sind, 150 km entfernt wohnen oder mit den Eltern verkracht sind. Vor diesem Hintergrund ist die Idee der Patengrosseltern gut. Aber es braucht dazu weder den Staat noch die Stadt. Die Stadt kann den Anstoss geben. Aber dann ist fertig. Bei Punkt 2 können wir uns damit einverstanden geben, dass die Stadt hilft, mögliche Projektträger zu werben. Die weite-

ren Punkte laufen darauf hinaus, dass sich die Stadt engagiert und dass man Personal anstellen muss und Kosten entstehen. Das ist nicht nötig. Es soll ein Anstoss sein. Wir stimmen nur Punkt 2 des Postulats zu. Alle anderen Punkte lehnen wir ab.

Peter Künzler (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Dieses Postulat spricht Inhalte an, die in eine Motion gehören, da die Stadt etwas Bestimmtes machen sollte. Das, was in diesem Postulat zur Debatte steht, finden wir unterstützenswert. Wir haben bei uns in der Fraktion zwei potentielle Grossväter. Meine Ehefrau ist bereits als Patengrossmutter einer Familie tätig. In der Stadt Bern existieren bereits solche institutionalisierte Aktivitäten. Meine Frau macht das über die Caritas, obwohl das nicht unserer Konfession entspricht. Dort wird das als generelle Aktivität angeboten und sehr gut betreut. Das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Wir werden das Postulat unterstützen. Es gibt Aktivitäten, die gut laufen. Die Stadt soll sich anschliessen und helfen, allenfalls koordinieren. Aber es kann nicht darum gehen, dass aus diesem Postulat eine städtische Stelle für die Vermittlung von Patengrosseltern abgeleitet wird. Es geht darum, dass man gute Bestrebungen noch besser bekannt macht und dafür Propaganda macht. Es wäre schön zu hören, dass die Stadt in intensivem Kontakt mit den Leuten steht, die das bereits sehr kompetent anbieten.

Postulantin *Jeanette Glauser* (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Denken wir einen kurzen Moment zurück an unsere Kindheit. Hat nicht jede und jeder von uns ein paar schöne und spannende Erinnerungen an die eigenen Grosseltern? Doch heute haben nicht alle Kinder diese Gelegenheit und Chance, Grosseltern zu haben, die sich um sie kümmern. Darum setzen wir unser Projekt bei den Patengrosseltern an. Grosseltern und Grosskinder haben eine ganz besondere Beziehung zueinander. Losgelöst von Erziehungspflichten und Alltagshektik können sie die gemeinsame Zeit geniessen, lernen entspannt die Welt der anderen Generation kennen und können voneinander profitieren. Das geplante Projekt soll alle Gesellschaftsschichten ansprechen und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Grosseltern und Patengrosskindern fördern. Es soll aber auf keinen Fall einen Ersatz für eine Tagesmutter sein. Es soll sich lediglich um stundenweise flexible Betreuungen handeln, die auf ehrenamtlichen Grundlagen basieren. Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Claude Grosjean (GLP) für die GLP-Fraktion: Wir stimmen Peter Künzler zu. Wir sind auch der Meinung, dass sich die Stadt hier zusätzlich engagieren sollte. Wir sind nicht ganz gleicher Meinung bei der Behandlung dieses Vorstosses. Wir machen beliebt, als Postulat nur Punkt 1 und 2 zu überweisen und Punkt 3-5 abzulehnen. Dann können wir nämlich auf einen Prüfungsbericht in dieser Sache verzichten und Aufwand sparen.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Es gibt bereits solche Projekte. Es gibt Kamäleon + Klarsicht, Tandem, die Kirche und gemeinnützige Vereine wie die Caritas, die mitmachen. Pro Juventute hat das geprüft. Der Gemeinderat will dieses Postulat kommentarlos überweisen. Das passt in die Absicht, private Initiativen systematisch zu unterwandern und möglichst von der Stadt aus zu steuern. Dieses Thema kann man getrost der Freiwilligenarbeit überlassen. Wenn sich die Stadt darauf beschränken könnte, die Rahmenbedingungen für solche Projekte zu verbessern und nicht zusätzlich Steine in den Weg zu legen, wäre bereits viel gemacht. Es passt zur BSS, die den ganzen gemeinnützigen Bereich „verprofessionalisieren“ möchte. Da haben private Initiativen wenig Platz. Es erstaunt nicht, dass der Gemeinderat das Postulat so überweisen will. Es wäre fair gewesen, aufzuschreiben, was bereits gemacht worden ist und was gemacht wird. Dann hätte man abwägen können, ob das wirklich nötig ist. Schade, dass man sich diese Mühe nicht genommen hat. Ich verstehe nicht, warum die GFL die gleichen Einsichten hat und am Schluss trotzdem dem Postulat zustimmt. Seien Sie mutig und weisen

Sie das Postulat zurück! Es wird genug gemacht. Engagieren Sie sich in dieser Zeit selbst in einem solchen Projekt und lassen Sie die Verwaltung ihren Job machen statt Berichte schreiben!

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Eine Anmerkung zum Votum von Pascal Rub: Letztes Jahr hat die Fraktionspräsidienkonferenz den Gemeinderat im Sinne einer Effizienzsteigerung gegeben, solche Postulate mit einem Satz, Ja oder Nein, zu beantworten. Die substantielle Antwort soll im Falle einer Überweisung nachher gegeben werden, damit man über den Bericht zu einem späteren Zeitpunkt vertieft diskutieren kann. Der Gemeinderat macht es sich nicht bequem. Wenn man diese Praxis ändern will, muss man das bei den Fraktionspräsidien zur Sprache bringen.

Einzelvoten

Manfred Blaser (SVP): Ich spreche als Grossvater. Jeanette Glauser, es ist so, dass man Grosseltern nicht mieten kann, um einen Kita-Platz einzusparen. Man kann Grosseltern nicht kaufen. Man kann höchstens ältere Leute dazu bringen, dass sie zu einem Kind schauen. Fremde Leute können Grosseltern nicht ersetzen. Es ist schön, wenn kleine Kinder zu den Grosseltern gehen können. Die opfern sich auf und sind selber glücklich. Bei fremden Leuten sehe ich das nicht.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Gemäss Geschäftsreglement gibt es nur eine punktweise Abstimmung, wenn diese von der Postulantin selbst bewilligt wird.

Ruedi Friedli (SVP): Dann wird unsere Fraktion dieses Postulat ablehnen. So wie das formuliert ist, wird das zuerst geprüft und nachher wahrscheinlich auch gemacht. Obwohl wir die Idee gut finden, werden wir das Postulat ablehnen. Die Stadt sollte nur einen Anstoss geben. Wenn man uns so nötigt, allen vier anderen Punkten zuzustimmen, die wir nicht möchten, dann lehnen wir halt das Ganze ab.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (35 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltung).

7 Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP) vom 17. Januar 2008: Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!; Fristverlängerung

Geschäftsnummer 08.000026 /10/187

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP) vom 17. Januar 2008: Aktiv für Kinder: 60 neue Kita-Plätze pro Jahr!; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2012 zu.

Bern, 9. Juni 2010

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Fristverlängerung zu (54 Ja, 10 Nein).

8 Dringliche Interpellation Luzius Theiler, Regula Fischer (GPB-DA): Gitterzaun zwischen Stadion Wankdorf und S-Bahnstation: Mehr oder weniger Sicherheit?

Geschäftsnummer 10.000209 / 10/232

- Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Diskussion zu (35 Ja, 20 Nein). -

Interpellant *Luzius Theiler* (GPB-DA): Besten Dank, dass Sie die Diskussion erlaubt haben. Ich bin von dieser Antwort enttäuscht und nicht befriedigt. Ich erachte sie als oberflächliche Antwort auf meine Fragen und möchte das kurz begründen. Am Anfang schreibt der Gemeinderat, dass sich die Fanlenkungszäune im In- und Ausland bestens bewährt hätten. Ich habe im Internet gesucht, wo sich diese Fanlenkungszäune bewährt haben. Im Internet gibt es diesen Ausdruck gar nicht. Ich habe danach Reto Nause per Mail angefragt, ob er mir Orte mitteilen könne, wo sich dieses System bewährt habe. Von seinem Sekretariat habe ich eine sehr ausführliche Liste mit Links erhalten. Ich habe diese Links angeschaut. Zu Beginn kamen mir diese Links etwas sonderbar vor, weil sich die meisten überhaupt nicht auf eine mit dem Nordquartier vergleichbare Situation, sondern auf Absperrungen innerhalb der Stadionanlagen beziehen. Es hat Links darunter, die sich mit Situationen wie dem Nato-Gipfel 2009 in Kehl oder dem G8-Gipfel in 2007 in Heiligendamm befassen, wo es bekanntlich sehr viele Verletzte gegeben hat. Diese Lenkung der Demonstrierenden hat sich dort offensichtlich überhaupt nicht bewährt. Daher sollte man nicht mit solchen Vergleichen kommen. Ich habe dann herausgefunden, dass diese Linkliste die Linkliste des Drahtzaunfabrikanten ist. Klar sagt er, dass seine Installationen sich überall bestens bewährt haben. Welcher Unternehmer sagt das nicht? Es zeigt, wie oberflächlich die Argumentationen und Behauptungen des Gemeinderats sind, dass sich solche Einrichtungen überall bewährt hätten. Frage 1 ist eine kritische Frage. Was passiert, wenn es zu Panik kommt, wenn Leute gegen diesen Zaun gedrängt werden? Auf dem Bauinspektorat ist mir bestätigt worden, dass sich diese Zäune nicht öffnen lassen und keine Fluchttüren haben. Der Gemeinderat schreibt, dass die Sicherheitsorgane diese Zäune öffnen könnten. Sie müssen aber fachlich richtig geöffnet werden. Man stelle sich das in einer Paniksituation vor! Ein normaler Mensch kann sie nicht öffnen. Ist das wirklich eine Sicherheit oder eine Unsicherheit, die sich vertreten lässt? Bei Frage 2 schreibt der Gemeinderat, diese Eingriffe in die Bewegungsfreiheit der Anwohnerschaft seien zumutbar. Wir haben in unserer Interpellation gefragt, bis zu welchem Ausmass der Gemeinderat die Absperrmassnahmen als rechtlich zulässig und für die Anwohnerschaft zumutbar erachtet. Da hätte man zumindest eine Antwort erwarten können, die besagt, dass das bei so und so viel Anlässen im Jahr zumutbar sei, aber dass es mehr als diese Zahl von Absperrungen nicht geben dürfe. Der Gemeinderat bewegt sich da im Unbestimmten. Das ist nicht befriedigend. Wir haben im Rat über die Verbreiterung der Klawastrasse diskutiert. Bereits damals haben wir vermutet, dass diese Vorlage mit dem Zaun zusammenhängt. Das wird jetzt bestätigt, indem man sagt, die beiden Baubewilligungsverfahren seien koordiniert. Damals hat man gewusst, dass man die Verbreiterung wegen dieses Zauns macht. Aber man hat damals von diesem Zaun nichts gesagt. Wäre dieser Zaun damals Bestandteil der Vorlage gewesen, hätten wir darüber diskutieren und Anträge stellen können, um das zu modifizieren. Einmal mehr wollte man dem Stadtrat etwas Kritisches vorenthalten, weil das zu blöden Bemerkungen führen könnte. Das ist die übliche Haltung gegenüber dem Stadtrat. Der Gemeinderat sagt, er habe nicht informieren müssen, weil der Zaun vom Stadion bezahlt werde. Ich erinnere an das Bruttoprinzip. Man muss auch Bestandteile einer Vorlage einbringen, die nachher von einer Drittperson bezahlt werden. Dass man damals den Stadtrat nicht informiert hat, betrachten wir als extrem unbefriedigend. Gesamthaft gesehen sind wir von dieser Antwort nicht befriedigt.

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Die Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden. Der Gemeinderat weicht in seiner Antwort der Grundfrage aus. Im Falle einer Panik würde der Gitterzaun Fluchtwege verhindern. Eine Massenpanik ist kaum voraussehbar. Das erschwert die Planung von Fluchtwegen deutlich. Wir sind der Meinung, dass ein Gitterzaun psychologisch Wut, Ärger und Potenzial für Ausschreitungen bewirken kann – wie es bereits heute der Fall ist – und dem Sinne nach kontraproduktiv wäre. Zudem sind es meistens kleine Gruppen, die störend auf das Umfeld wirken. Wir müssen uns fragen, ob Gitterzäune hier das richtige Instrument sind. Der Gemeinderat stellt mit seiner Haltung und der vorgeschlagenen „Problemlösungsstrategie“ die Besucherinnen von bestimmten Sportveranstaltungen unter Generalverdacht. Menschen dürfen nicht hinter Gitter gestellt werden, wie dies in den letzten Jahren an Massenveranstaltungen immer wieder vorgekommen ist. Wir plädieren indes für eine professionelle Fanarbeit mit genügend Ressourcen. Solche Investitionen lohnen sich mehr und sind nachhaltiger. Der Gemeinderat hat heute eine Medienmitteilung herausgegeben. Darin hat er das Videoreglement eingepackt, welches wir im Stadtrat bekämpfen werden. Er hat mitgeteilt, dass er 2010 insgesamt Fr. 30'000 für Fanarbeit reserviert. Verglichen mit den Sicherheitskosten, die wir bezahlen, ist dieser Betrag sehr klein. Wir schlagen vor, dass der Gemeinderat in diesen Bereich investiert. Sportanlässe sollen Freude machen und nicht mit Gitterzäunen erniedrigend wirken. Deshalb erwarten wir vom Gemeinderat, von diesen unsinnigen Massnahmen Abstand zu nehmen.

Hans Peter Aeberhard (FDP) für die FDP-Fraktion: Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass der Gemeinderat hier zu einem verhältnismässigen und zweckmässigen Mittel greift, indem temporär bei Hochrisikospielen ein Zaunsystem erstellt wird. Die Antwort des Gemeinderats scheint uns sachgerecht zu sein. Es handelt sich nicht um eine feste Konstruktion, sondern um eine, die entsprechend mobil ist und geöffnet werden kann. Man kann es nicht mit der Situation in Duisburg vergleichen, wo feste Anlagen, bzw. ein Tunnel und Mauern im Weg standen. Hier auf Panik zu machen und einen politischen Hintergrund sehen zu wollen, erstaunt uns. Der Gemeinderat schreibt, dass diese baulichen Massnahmen seitens der Anwohnerinnen und Anwohnern unterstützt werden. Ich halte viel von der Quartiermitwirkung und bin überzeugt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner dem geplanten Zaun nicht zugestimmt hätten, wenn sie das nicht gewollt hätten. Man darf voraussetzen, dass das Quartier eine Verbesserung darin sieht, dass die zu- und wegströmenden Fans getrennt und entsprechend zum Bahnhof oder zum Stadion geführt werden können. Bisher bewegten sich ganze Kolonnen mehr oder weniger unkanalisiert in Richtung Stadion oder Bahnhof und überqueren für lange Zeit die Fussgängerstreifen, ohne dass der Verkehr durchkommt. Es ist besser, wenn abgesperrt und kanalisiert wird, damit man weiss, wo man hin muss. Wenn wir in einer grossen Gruppe sind und uns von A nach B bewegen müssen, sind wir froh, wenn wir wissen, wo es lang geht, ohne schauen zu müssen, ob wir richtig gehen. Wir finden die Antwort des Gemeinderats befriedigend und unterstützen den Gemeinderat.

Peter Bühler (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Luzius Theiler, Sie haben meine Telefonnummer und Mailadresse. Melden Sie sich! Nichts gegen Reto Nause, aber hier hätte ich mehr ausrichten können, weil ich mit Fanforen des Fussballs zu tun habe. Ich weiss, dass diese Zäune in Deutschland und Spanien zufriedenstellend eingesetzt worden sind. Es hat funktioniert. In einer Notsituation kann man ein Element heraus stossen. Kommen Sie mit ins Wankdorf, dann schauen wir das vor Ort an! Die FSU ging die Sicherheitsvorkehrungen des Stadions anschauen. Wir haben diesen Zaun angeschaut und gesehen, wie das funktioniert. Sie können sagen, der Zaun sei nicht menschenwürdig. Wenn aber 5'000 Basel-Fans kommen,

möchte ich Ihre Reaktion sehen. Fragen Sie die Anwohner, warum diese Zäune aufgestellt und welche Massnahmen verlangt worden sind. Man stellte fest, dass in diesen Quartieren grober Vandalismus stattfand. Das ist das Problem. Wir sind uns einig, dass wir wegen des Fussballs keine Randalen und keinen Vandalismus in den Quartieren haben wollen. Fussball soll Freude machen. Wenn man Vandalismus verhindern will, muss man solche Systeme einschalten.

Sue Elsener (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Ich bin erstaunt, dass diese Fans von links und von rechts als Masse dargestellt werden, die man entweder schützen oder gegen welche man sich wehren muss. Es gibt viel Selbstregulierung in einer Fankurve. Damit das zum Tragen kommen kann, muss man gescheite Fanarbeit unterstützen. Ich bin erstaunt, wie schnell einerseits 140'000 Franken in die Hand genommen werden, um einen solchen Zaun zu errichten. Andererseits werden vom Kanton 30'000 Franken bei der Fanarbeit gestrichen und von der Stadt dafür auch lediglich 30'000 Franken bezahlt. Man müsste grundsätzlich auf beides setzen: einerseits auf Repression – denn dieser Zaun ist keine schlechte Lösung –, andererseits auf den Dialog und die Fanarbeit. Beides zusammen muss Hand in Hand gehen. Sonst geht gar nichts.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich bin konsterniert über diese Diskussion. Ich möchte mich gegen die Unterstellungen verwahren, die hier in den Raum gestellt worden sind. Es braucht ideologische Verbohrtheit, wenn man die wirkungsvollste Massnahme gegen Gewalt im Sport attackiert. Die Fantrennung in Bern hat sich bewährt. In der letzten Saison ist es zwei Mal zu Ausschreitungen gekommen. Einmal bei der Finalissima, wo die Stimmung künstlich vom Schweizer Fernsehen aufgeladen worden ist. Man hat es auf diese Konfrontation angelegt. Bereits heute haben wir einen Sicherheitszaun. In diesem Sicherheitszaun haben wir eine Lücke an der Winkelriedstrasse. Wir müssen diese Lücke mit Sperrgitterfahrzeugen und mit Mannschaft schliessen. Neu soll diese Lücke mit einem weiteren Element dieses mobilen Zauns geschlossen werden. YB bezahlt diesen Zaun. Er wird ca. 140'000 Franken kosten. Es ist eine wirkungsvolle Massnahme. Die Schliessung dieser Lücke im Zaun ist unabhängig von anderen Projekten, wie das der Klawastrasse, zustande gekommen. Es gibt keinen ursächlichen Zusammenhang. Wenn es einen Zusammenhang gibt, dann ist es der runde Tisch „Gewalt im Sport“, wo die Fanarbeit, die Justiz und die Polizei zusammen Lösungen diskutieren. Dort hat man festgestellt, dass man eine durchgehende Fantrennung und Videoüberwachung auf dem Fanwalk braucht. Was Massenpanik angeht, bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser Sicherheitszaun die Gäste-Fans von den anderen Fans trennt, wenn sie mit Sonderzügen im S-Bahnhof ankommen. Wenn ein Zug ankommt, gehen 2'000-4'000 Fans gleichzeitig ins Stadion. Es ist nicht vergleichbar mit Duisburg, wo plötzlich Hunderttausende von hinten zu drücken begannen. Das kann in Bern auf diesem Fanwalk nicht passieren. Die Polizei leitet diese Einsätze und ist vor Ort präsent. Sie kann reagieren, wenn sich irgendetwas ereignen sollte. Der Sicherheitszaun ist die Massnahme, die es uns erlauben wird, nachhaltig die Aufgebote im Bereich „Gewalt im Sport“ zu reduzieren. Das muss das Ziel aller sein.

Beschluss

Die Interpellanten Luzius Theiler, Regula Fischer (GPB-DA) sind mit der Antwort nicht zufrieden.

9 Kleine Anfrage Fraktion FDP (Philippe Müller, FDP): Wildwest-Kapitalismus vor der Reitschule?

Geschäftsnummer 10.000203 / 10/225

Direktor SUE *Reto Nause*: In der Stadt Bern wird zwischen Märkten auf Privatgrund und solchen auf öffentlichem Grund unterschieden. Die Märkte, welche auf öffentlichem Grund stattfinden (z.B. Warenmarkt und Bärenmät auf dem Waisenhausplatz, Flohmarkt auf dem Mühleplatz, Handwerkermarkt auf der Münsterplattform etc.), unterstehen den Bestimmungen des Marktreglements der Stadt Bern vom 6. Mai 1999 (Marktreglement; MR; SSSB 940.2) und werden namentlich im Marktreglement aufgeführt (vgl. Art. 26ff.). Märkte, welche auf Privatgrund stattfinden – so auch der Flohmarkt der Reitschule – fallen nicht unter die Bestimmungen des städtischen Marktreglements. Der Vorplatz befindet sich im Eigentum der Stadtbauten und ist an die IKUR vermietet, welche den Vorplatz selbständig bewirtschaftet. Der Boden unter dem Viadukt ist im Eigentum der SBB. Bei Märkten auf Privatgrund besteht keine Pflicht, die Stände mit dem Namen der Ausstellenden zu kennzeichnen.

Der Flohmarkt ist Teil des Angebots der Grossen Halle. Er entspricht damit dem Subventionsvertrag zwischen der Stadt und dem Verein Trägerschaft Grosse Halle, welcher festhält, dass der Verein ein „breit gefächertes Programm mit Ausstellungen und Veranstaltungen vielfältigen Inhalts von unterschiedlicher Grösse und Dauer“ bietet.

Zu Frage 1: Dem Gemeinderat ist bekannt, dass jeden ersten Sonntag im Monat ein Flohmarkt der Reitschule Bern stattfindet. Zudem können im Internet unter dem Link <http://www.reitschule.ch/reitschule/grossehalle/floh.html> die Regeln des Flohmarkts eingesehen werden. Von weiteren Details hat der Gemeinderat keine Kenntnis.

Zu Frage 2a und 2b: Wie erwähnt ist das Marktreglement für den auf Privatgrund durchgeführten Flohmarkt der Reitschule nicht anwendbar. Ein Problem besteht lediglich bei der Ausdehnung des Markts auf das Trottoir der Neubrückestrasse. Dieses Problem wurde erkannt und Korrekturmassnahmen sind eingeleitet worden (s. Antwort zu Frage 4 a unten).

Zu Frage 3: Der Markt auf dem Bärenplatz findet auf öffentlichem Grund statt und ist gemäss Marktreglement bewilligungspflichtig. Die betreffenden Marktfahrerinnen und Marktfahrer bezahlen eine Standgebühr und müssen die Bestimmungen des Marktreglements sowie die in der Bewilligung enthaltenen Auflagen und Bedingungen einhalten. Märkte auf Privatboden erhalten keine Bewilligung und unterstehen somit nur den allgemein geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Zu Frage 4a: Der Gemeinderat hat bis zum heutigen Zeitpunkt keine Reklamationen im Zusammenhang mit dem Flohmarkt der Reitschule erhalten. Das Problem der Ausdehnung des Markts auf das Trottoir der Neubrückestrasse ist aber erkannt und wird im Rahmen der Gespräche zwischen der Stadt und der Reitschule bearbeitet. Der Verein Trägerschaft Grosse Halle ist daran, das Flohmarkt-Konzept in Absprache mit den betroffenen Stellen der Stadt, insbesondere dem Polizeiinspektorat, entsprechend anzupassen.

Zu Frage 4b: Bei einem Unfall wird die Polizei den Sachverhalt klären und die Fehlbaren gemäss den Bestimmungen des Strassenverkehrsrechts zur Verantwortung ziehen. Bezüglich der widerrechtlich parkierten Fahrzeuge rund um das Gebiet der Reithalle führt die Polizei regelmässige Kontrollen durch und wird die Situation im fraglichen Bereich auch weiterhin im Auge behalten. *Zu Frage 5:* Vgl. Antwort zu Frage 4a.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Offensichtlich wird mit zwei verschiedenen Ellen gemessen. Habe ich richtig verstanden, dass der Gemeinderat wartet, bis ein Unfall passiert und erst dann handeln wird?

Direktor SUE *Reto Nause*: Nein. Der Gemeinderat wartet nicht, bis ein Unfall passiert. Die Kantonspolizei kontrolliert die Situation vor Ort. Sie wird eingreifen, wenn sich die Situation so entwickeln sollte, dass man eingreifen muss.

10 Stadtbauten Bern (StaBe): Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71: Erneuerung; Baukredit

Geschäftsnummer 10.000207 / 10/233

Gemeinderatsantrag

1. Das Projekt Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71: Umbau und Erneuerung; Baukredit wird genehmigt. Vorbehalten bleiben Änderungen, die sich bei der Ausführung als notwendig erweisen.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit von Fr. 9 841 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Stadtbauten Bern, Konto PB 07-040, bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 18. August 2010

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Dieses Geschäft wurde kurzfristig auf Bitte der FPI traktandiert. Die Stadt kann relativ viel Geld sparen, wenn wir dieses Geschäft noch vor den Herbstferien behandeln.

FSU-Referentin *Miriam Schwarz*: Die Liegenschaft an der Schwarztorstrasse 71 ist durch den Beschluss des Stadtrates vom 7. Juni 2007 von den StaBe erworben worden. Das Ziel war eine Reduktion der zugemieteten Büroräumlichkeiten, eine Konzentration der Verwaltung in eigenen Liegenschaften und die Senkung der Unterbringungskosten der Stadtverwaltung. Das Gebäude ist 1961/62 als Garage- und Bürogebäude erstellt worden. Die Grundstruktur und die Gebäudehülle befinden sich im Originalzustand. Das Gebäude genügt den gesetzlichen Anforderungen in Sachen Sicherheit, Brandschutz, Behindertengängigkeit und Energieverbrauch nicht mehr. Auch die Erdbebensicherheit ist nicht mehr gewährleistet. In diesen Bereichen muss investiert werden. Am 21. Februar 2008 bewilligte der Verwaltungsrat StaBe einen Projektierungskredit von 630'000 Franken für die Gesamterneuerung als Bürogebäude im Minergiestandard mit der Umnutzung der Werkstatt und der Ausstellungsräume im Erdgeschoss in ein Bürogebäude nach heutigem Standard. Mit diesem Kredit ist ein Studienauftrag im selektiven Verfahren ausgeschrieben, ein Bauprojekt erarbeitet und Ende 2008 ein Baugesuch eingereicht worden. Das Projekt umfasste anstelle des Walldachs ein neues Attikageschoss, womit zusätzliche, kostengünstige Arbeitsplätze hätten angeboten werden können. Dieses Projekt ist aber von der Stadtbildkommission abgelehnt worden, obwohl es aus einem anerkannten Planungsverfahren hervorgegangen und baurechtlich konform war. Aus diesem Grund hat dieses Projekt nochmals angepasst werden müssen. Ohne Attikageschoss musste es erneut zur Bewilligung eingereicht werden. Am 26. August 2009 hat der Gemeinderat einen Baukredit von 6,9 Mio. Franken für ein Projekt von insgesamt 190 Büroarbeitsplätzen gemäss Standardrahmenvertrag bewilligt. In diesem Projekt sind weder die Unterbringung des Stützpunktes für die Strassenreinigung noch spezifische bauliche Massnahmen im Hinblick auf die Nutzung durch den Sozialdienst Bestandteil gewesen. Am 19. Dezember 2007 hat der Gemeinderat die Direktion FPI und die StaBe beauftragt, in Zusammenarbeit mit den übrigen Direktionen für die städtischen Verwaltungsgebäude Optimierungen bei der Standort- und Raumzuteilung zu prüfen. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2008 beauftragte

der Gemeinderat die FPI, ihm einen detaillierten Dienststellenzuweisungsplan vorzulegen. Am 26. August 2009 hat der Gemeinderat beschlossen, am Standort Schwarztorstrasse 71 den Sozialdienst zu zentralisieren. Das dort bisher untergebrachte Finanzinspektorat sollte umziehen, die StaBe jedoch wie bisher an diesem Standort bleiben. Mit diesen gleichzeitig unabhängig voneinander getroffenen Entscheiden des Gemeinderats entstand für das Baugeschäft eine neue Ausgangslage. Es wurde klar, dass der Sozialdienst und die StaBe nicht am gleichen Ort Platz haben. Aus diesem Grund wurden neue Überlegungen angestellt, die seriös überprüft wurden. Es zeigte sich, dass die betrieblichen Bedürfnisse des Sozialdienstes wesentlich über jene eines normalen Bürobetriebs hinausgehen und den bewilligten Kredit übersteigen. Die neue Belegungsmöglichkeit sieht eine vollständige Zusammenlegung der Sozialdienste der Stadt und Bern West inklusive Inkassobüro, Zentralsekretariat, Rechtsdienst und des Stabs vor. Die Strassenreinigung Kreis II ist bis jetzt an verschiedenen Standorten untergebracht. Diese Dezentralisierung erschwert die Koordination von Personal und Maschinen. Die TVS verspricht sich effizientere Betriebsabläufe. Mit der Einrichtung eines neuen Stützpunktes im Untergeschoss der Liegenschaft könnten die betrieblichen Ziele der Strassenreinigung sehr gut erfüllt werden. Da das Gebäude ursprünglich als Garage mit unterirdischen Werkstätten erstellt worden ist, weist es gute räumliche Voraussetzungen auf.

Der neue Stützpunkt ist auch für den Sozialdienst sehr wichtig. Die Koordination wird einfacher, da die Sozialdienste Bern West und der Stadt sowie Inkasso, Rechtsdienst und Stab alle an einem Ort sind. Somit könnten die unzumutbaren Verhältnisse, die jetzt herrschen, behoben werden. Es arbeiten teilweise drei Mitarbeiter pro Büro. Das ist für die Besprechungssituation unmöglich. Der Persönlichkeitsschutz der Klientinnen und Klienten muss gewährt sein. Der Fluchtweg ist für die Angestellten nicht gewährleistet. Vom Kanton sind zusätzliche Administrativstellen bewilligt worden. Diese zusätzlichen Mitarbeitenden sind an verschiedenen Orten untergebracht worden. Der Sozialdienst ist auf vier Standorte verteilt. Die Dossiers, die sich im Archiv befinden, sind an verschiedenen Orten. Das ist sehr schwierig, da es immer wieder vorkommt, dass Leute nach einer gewissen Zeit wieder auf den Sozialdienst müssen. Am neuen Standort gibt es einen grossen Estrich, der für das Archiv genutzt werden kann. Der Standort ist optimal erschlossen und zentrumsnah, auch für die Leute aus dem Westen. Bald kommt ja das Tram! Die Zusammenarbeit wird einfacher, die Schnittstellen sind einfacher anzugehen. Das Gebäude wird benutzerfreundlicher und rollstuhlgängig. Die Büros an der Predigergasse sind nicht rollstuhlgängig. Die Öffnungszeiten würden kundenfreundlicher gestaltet. Man würde in Zukunft auch über Mittag offen haben. Auch im Hinblick auf die Sicherheit gibt es grosse Verbesserungen. Das ist für die Angestellten sehr wichtig, da sie unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Durch die neuen Sicherheitsmassnahmen braucht es keine Securitas mehr. Das hilft Kosten einzusparen. Das EKS wird über mehr Räumlichkeiten verfügen. Momentan arbeiten die Mitarbeitenden des EKS unter prekären Verhältnissen. Handlungsbedarf ist dringend nötig. Mit diesem Projekt können verschiedenen Situationen optimiert werden.

Welche Auswirkungen hätte eine Ablehnung des Baukredits? Bei einer Ablehnung ist mit folgenden Auswirkungen zu rechnen: Das Sozialamt könnte nicht in die Schwarztorstrasse ziehen. Die Dienststellenzuweisung müsste neu vorgenommen werden. Es gäbe einen Ertragsausfall durch Leerstand und zusätzliche Leerstandskosten für die Überwachung. Die Diskussion in der Kommission war sachlich und kurz. Es hat kritische Anmerkungen gegeben, warum man nicht von Anfang an auf die Idee gekommen sei, das Gebäude für das Sozialamt zu verwenden, um Mehrkosten einzusparen. Trotzdem beantragt die Kommission dem Stadtrat einstimmig, mit 10 Ja- zu 0 Nein-Stimmen, den Ausführungskredit von 9 841 000 Franken für das Projekt Verwaltungsgebäude Schwarztorstrasse 71 zu bewilligen.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Es liegt ein Rückweisungsantrag von der GPB-DA vor. Ich erteile Luzius Theiler zuerst das Wort, damit die Fraktionen nachher Gelegenheit haben, auf diesen Rückweisungsantrag zu reagieren.

Luzius Theiler (GPA-DA): Finanzdirektorin Barbara Hayoz müsste dieses Geschäft vertreten. Ich habe gehört, sie sei zusammen mit dem Stadtpräsidenten wegen eines technischen Problems immer noch in den USA. Das kommt davon, wenn man im allerletzten Moment und vielleicht gar nicht so gerne zurückkehren und lieber nicht in den Stadtrat kommen will. Man hätte das zumindest offiziell mitteilen können statt abzuwarten, bis es jemandem auffällt, dass Barbara Hayoz nicht anwesend ist. Es tut mir leid, dass ich den Rückweisungsantrag so spät einbringe. Wie der Vorsitzende erwähnt hat, ist das Geschäft kurzfristig Ende letzter Woche nachgeliefert worden. Das ist sehr mühsam, wenn ein so komplexes Geschäft dermassen spät eingebracht wird. Das ist eine Zumutung für uns Stadträtinnen und Stadträte. Es ist mit Zeitdruck argumentiert worden. Da ist etwas dran, denn offenbar steht das Gebäude bereits zwei Jahre leer. Dieser Leerstand kostet jeden Monat 40'000 Franken. Man hat also bereits etwa 1 Mio. Franken in den Sand gesetzt, indem man schon lange an diesem Geschäft geplant hat. Das wirft einige Fragen auf. Im Vortrag ist die Vorgeschichte ausgeblendet, nämlich die Vorlage von 2007, als der Stadtrat einstimmig dieses Gebäude von ewb für 11 Mio. Franken erworben hat. Als verbindlicher Teil jener Vorlage war eine Kostenberechnung für verschiedene Ausbauvarianten dieses Gebäudes enthalten. Die Instandsetzung der Liegenschaft wurde auf 2,4 Mio. Franken geschätzt. Für den Standard eines Neubaus mit entsprechenden energetischen Massnahmen hätte es nochmals etwa 2,4 Mio. Franken gekostet, gesamthaft weniger als 5 Mio. Franken. Das hat man damals versprochen. Es wurde gesagt, das Gebäude habe Platz für 200 Arbeitsplätze, was pro Arbeitsplatz Kosten von 80'000 Franken ergab. Das ist ein relativ günstiger Preis pro Arbeitsplatz. Das waren die Voraussetzungen, als der Stadtrat 2007 diese Vorlage genehmigte. Zwei Jahre später – was in diesen zwei Jahren passiert ist, konnte ich nicht herausfinden – im August 2009 hat der Gemeinderat den Kredit von 6,9 Mio. Franken – also etwa 2 Mio. Franken mehr als im Vortrag 2007 gesagt worden ist – für die Renovation dieses Gebäudes für Standardarbeitsplätze bewilligt. Damals hat man bereits von der Absicht der Zentralisierung des Sozialamtes und der Sozialdienste an diesem Ort gewusst. Trotzdem hat der Gemeinderat diese 6,9 Mio. Franken bewilligt. Diese Zahl ist verdächtig, da bei 7 Mio. Franken die Kompetenzgrenze des Gemeinderats liegt. Ein Jahr später hat der Gemeinderat seinen eigenen Beschluss aufgehoben und ist zum Schluss gekommen, dass der Umbau 9,84 Mio. Franken koste. Innerhalb von 3 Jahren haben sich die Kosten für die Renovation dieses Gebäudes verdoppelt. Das ist einmal mehr eine typische StaBe-Chaos-Planung. Mit jedem Monat wird es teurer. Am Schluss muss man das schlucken, weil es eilt und weil man nicht mehr anders kann. Es gibt viele offene Fragen in dieser Vorlage. Um einen Bau bzw. eine Renovation beurteilen zu können, braucht es ein paar elementare Kennziffern. Um wie viel Nutzfläche geht es? Wie viel Kubatur? Welche Anzahl Arbeitsplätze ist vorgesehen? Wie viel kostet ein Arbeitsplatz nach dem neuen Konzept? Um diese Vorlage beurteilen zu können, müssen wir solche Zahlen kennen. Sie fehlen aber in dieser Vorlage. Bereits deshalb kann man ihr heute nicht zustimmen. Interessant ist die Zusammenstellung der bisherigen und der neuen Kosten auf Seite 7/8 des Vortrags. Diese Zahlen sind bedenklich. Man verlegt Arbeitsplätze von einer ganz teuren Zentrumslage in eine bedeutend weniger teure, peripherere, jedoch günstig gelegene Lage und trotzdem steigen die Mietkosten des Sozialamtes um 111'000 Franken. Die Folgekosten Mieterausbau steigen um 139'000 Franken und die Heiz- und Betriebskosten um 99'000 Franken. Das ergibt jährliche Mehrkosten für das Sozialamt von 350'000 Franken. Nachher wird sicher der Vorwurf laut, dass unser Sozialdienst jedes Jahr mehr koste, da die Leute immer mehr wollten. Aber das sind strukturelle Mehrkosten, weil man sich offenbar einen ziemlich grossen baulichen Luxus leistet. Am

meisten gibt mir zu denken, dass man Minergiestandard und andere energetische Massnahmen einsetzt und die Heiz- und Betriebskosten am Schluss trotzdem um 99'000 Franken steigen. All die technischen Massnahmen werden durch einen grösseren Verbrauch an Nutzfläche und anderen Luxus kompensiert. Wenn man von Energiestadt und 2000-Watt-Gesellschaft redet, müsste man ernsthaft dahinter, wie man solche strukturelle Entwicklungen stoppen und rückgängig machen kann. Kein Wachstum, sondern ein Wachstumsrückgang ist gefragt, sonst werden wir diese Probleme nie in den Griff bekommen. Ich sage nicht, dass man diese Vorlage ablehnen soll. Ich sage auch nicht, dass das Konzept der Zentralisierung falsch sei. Aber man sollte nochmals über die Bücher gehen. Muss es wirklich so aufwändig sein? Hat man im 2007 falsch gerechnet oder inzwischen lauter neue Dinge in das Bauprojekt eingebaut? Geht es vielleicht auch ein wenig bescheidener? Wenn die Zusatzkosten 2,7 Mio. Franken betragen, sollen sie mit der Angabe der Kennzahlen genau begründet werden. Das können Sie in den Herbstferien machen. Wenn man durch den Leerstand bereits so viel Geld verloren hat, kommt es auf diese zwei Monate nicht mehr darauf an. Ich bitte Sie, die Vorlage zurückzuweisen.

Fraktionserklärungen

Giovanna Battagliero (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SP/JUSO stimmt dem Baukredit von 9,8 Mio. Franken zu. Die Renovation dieser Liegenschaft ist nötig. Die technischen Anlagen sind veraltet, die Sicherheitsanforderungen sind nicht mehr genügend. Der Brandschutz und die Behindertengängigkeit sind nicht gegeben. Der Energieverbrauch ist viel zu hoch. Darum will man sanieren und den Minergiestandard einführen. Wir begrüssen es, dass der Sozialdienst an einem Ort zentralisiert wird. Es ist unzumutbar, wie die Mitarbeitenden heute arbeiten müssen. Sie arbeiten teilweise in mehrfach belegten Büros. Man kann sich vorstellen, welche schwierige Situation das ist, wenn Klientinnen und Klienten kommen. Der Persönlichkeitsschutz dieser Leute ist nicht gewährt. Die Mitarbeitenden arbeiten in einem unangenehmen Klima. Weiter ist die Behindertengängigkeit an der Predigergasse nicht gewährleistet. Im neuen Gebäude ist sie gewährleistet. Wichtig sind auch die Sicherheitsmassnahmen, welche heute ebenfalls nicht gewährt sind. Heute wird mit der Securitas gearbeitet. Darauf könnte im neuen Gebäude nach der Sanierung verzichtet werden. Die Zentralisierung der Strassenreinigung Kreis II macht Sinn. Ich muss jedoch zwei unschöne Punkte erwähnen, in welchen ich teilweise mit meinem Vorredner einig gehe.

1. Der Leidensweg dieses Projekts. Man hat mit einer bedarfsneutralen Planung begonnen. Weil man sich erst spät überlegt hat, welche Abteilung man in dieses Gebäude verlegen möchte, hat das zu Verzögerungen und zu Mehrkosten gegenüber dem ursprünglichen Kredit geführt. Man hat das ursprüngliche Projekt mit einem Attikageschoss bauen wollen. Dagegen hat sich die Stadtbildkommission gewehrt. Diese Prozesse sind nicht optimal gelaufen. Vielleicht sollte man die denkmalpflegerischen und städtebaulichen Aspekte bei den StaBe von Anfang an einbeziehen. Ab dem neuen Planungsbeginn wirkt alles sehr planlos, bis man auf die heutige sinnvolle Lösung gestossen ist. Man hätte von Anfang an erkennen können, dass dieses Gebäude für diese Nutzung optimal wäre.

2. Der Leerstand. Das Gebäude steht seit April 2010 leer. Das kostet die Stadt 40'000 Franken pro Monat. Bis zum Baubeginn wird es ein Jahr leer stehen, was 0,5 Mio. Franken entspricht. Während des Umbaus steht es selbstverständlich nochmals ein Jahr leer, so dass insgesamt 1 Mio. Franken verloren gehen. Für dieses Geld hätte man den Lift beim Bären-Park oder andere Projekte der StaBe bauen können. Leider erstaunt es uns nicht, dass das Verfahren seitens StaBe so gelaufen ist. Insgesamt stehen wir hinter diesem Geschäft, v.a. um die Situation der Mitarbeitenden des Sozialdienstes zu verbessern. Das ist unser Haupt-

grund. Darum lehnen wir den Rückweisungsantrag ab. Er macht für uns keinen Sinn. Wir bitten Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

Ruedi Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Bei diesem Geschäft hat man noch die Kurve gekriegt, weil man am Ende mit der Zentralisierung des Sozialamtes doch eine gute Lösung gefunden hat. Wir finden den Standort gut. Es muss nicht immer alles in der Innenstadt sein. Ein Sozialamt, das für Bewohnerinnen und Bewohner der ganzen Stadt erreichbar sein muss, muss nicht unbedingt in der östlichen Hälfte der Stadt liegen, sondern kann durchaus gegen Bümpliz hin verlegt werden. Dass bei einer Zentralisierung bessere Abläufe entstehen, ist klar. Der Wermutstropfen ist, dass dieser Planungsprozess sehr chaotisch verlaufen ist. Zuerst bewilligt der Gemeinderat Geld. Ein Jahr später hebt er diesen Beschluss wieder auf. Das hat wenigstens noch keine finanziellen Auswirkungen gehabt. Aber wenn seit April 2010 Leerstandskosten von 40'000 Franken pro Monat entstehen, dann ist in der Planung etwas Grundlegendes falsch gelaufen. Es kann nicht sein, dass man jemanden zu früh ausziehen lässt oder dass man zu spät feststellt, dass man das ganze Sozialamt dorthin verlegen könnte. Wenn man schon lange weiss, dass der Sozialdienst über zu wenig Platz verfügt, muss man sich von Anfang an daran erinnern, sobald man ein entsprechendes Gebäude in Aussicht hat. Alles andere zeugt von Unfähigkeit. Diese Unfähigkeit kostet uns jetzt 0,5 Mio. Franken. Die Umbauphase kann man nicht dazu zählen, da in dieser Zeit auch bei optimaler Planung ein Leerstand besteht. Luzius Theiler hat in vielen Punkten Recht. Er hat nicht Recht, wenn er sich über die Mehrkosten von S. 7/8 des Vortrags wundert. Für mich ist es nachvollziehbar, dass die Mietzinsen, Folgekosten und Heizkosten höher sind. Es war bis jetzt zu wenig Platz vorhanden. Wenn man mehr Raum mietet, kostet das auch mehr. Das kann der im Vergleich zur Innenstadt günstigere Quadratmeterpreis nicht kompensieren. Die zusätzliche Fläche war nötig. Die SVP stimmt dem Geschäft zu, weil es für das Sozialamt eine gute Lösung ist. Bei der Planung ist geschlampt worden.

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich kann den Ausführungen der Referentin der FSU zustimmen. Sinnvoll an diesem Geschäft ist, dass das Sozialamt in einem Gebäude zusammengeführt werden soll. Davon versprechen wir uns bessere Sicherheit und einfachere Abläufe innerhalb des Sozialdienstes. Gut ist auch, dass das Untergeschoss durch den Strassendienst der TVS genutzt werden kann. Unschön an diesem Projekt ist das Hin und Her, der Entscheid der Stadtbildkommission, der dazu führte, dass neu geplant werden musste und und und. Die Details haben Sie bereits gehört. Das Projekt zeigt exemplarisch das Problem bei Bauprojekten in der Stadt Bern, egal ob StaBe die Bauherrschaft hat oder nicht. Der Auftraggeber ist nicht klar. In der Regel weiss niemand, was man genau will, bzw. man weiss nur der Spur nach, was man will. Vermutlich sind zu viele Parteien mit einbezogen. Das macht diese Planungsprojekte langwierig – nicht nur hier, sondern auch in anderen Projekten. Unschön ist auch, dass der Stadtrat dieses Geschäft so kurzfristig erhalten hat. Das ist reglementswidrig. Ich bitte das Ratsbüro, dass dieses Beispiel nicht Schule macht. Die FDP wird sich diesem Geschäft nicht entgegenstellen und bremsen. Dem Antrag Theiler können wir nicht zustimmen, obwohl in vielen Punkten etwas dran ist. Die Mietkosten sind an den Rahmenvertrag angepasst, die die Stadt mit den StaBe hat. Daraus resultieren die höheren Mietkosten. Der Preis entspricht den Marktpreisen für Büroräumlichkeiten. Wir werden der Kreditvorlage zähneknirschend zustimmen.

Rania Bahnan Buechi (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Das Geschäft wurde von der Kommissionssprecherin detailliert vorgestellt. Daher werde ich nur die zentralen Punkte herausstreichen. Die Liegenschaft ist durch den Beschluss des Stadtrats von 2007 von den StaBe erworben worden. Das Ziel war, flexibel nutzbare Büroflächen an guter Lage für städtische Miete-

rinnen und Mieter zur Verfügung zu stellen. Zuletzt wurde das Gebäude von den StaBe und dem Finanzinspektorat genutzt. Dieses Gebäude benötigt nach 50 Jahren Nutzdauer eine totale Sanierung. Im Zuge der Sanierung soll die Chance wahrgenommen werden, den Sozialdienst dort zu zentralisieren und mit einem Stützpunkt der städtischen Strassenreinigung zusammenzuführen. Der Gemeinderat verfolgte das Ziel, das Gebäude nach der Sanierung belegungsneutral mit Standardarbeitsplätzen für die Stadtverwaltung nutzen zu können. In diesem Projekt waren weder die Unterbringung des Stützpunktes für die Strassenreinigung noch spezifische bauliche Massnahmen im Hinblick auf die Nutzung durch den Sozialdienst vorgesehen. Für die GFL/EVP-Fraktion ist die vorgesehene Mieterschaft des Sozialdienstes und der Strassenreinigung nachvollziehbar. Sie bringt v.a. für den Sozialdienst Vorteile. Wir begrüssen die Konzentration des Sozialdienstes an einem Standort. Der Standort ist optimal und zentrumsnah. Ich verzichte auf die detaillierte Auflistung der Vorteile dieses Entscheides. Es ist für unsere Fraktion klar, dass durch die Sanierung und den Umbau eine Verbesserung der Missstände erreicht werden kann. Für unsere Fraktion ist aber der Verlauf dieses Geschäfts, v.a. die Entscheidung sehr ungünstig und problematisch verlaufen. Wie kann es dazu kommen, dass so unkoordiniert Entscheide von den verschiedenen Direktionen getroffen werden können? Im Vortrag steht, dass der Sozialdienst bereits im Mai 2009 den Beschluss zur Zentralisierung gefasst hatte. Im August 2009 hat man den Kredit Schwarztorstrasse belegungsneutral gesprochen. Erst spät kam man auf die Idee, dieses Gebäude für den Sozialdienst zu verwenden. Die StaBe hätten dieses Geschäft im Griff haben und den notwendigen Informationsaustausch sichern müssen. Das alles führte zu Mehrkosten, da erneut teure Planungen verlangt wurden. Aufgrund der mangelnden Koordination zwischen den Direktionen wird es sogar zu einem längeren Leerstand kommen. Das Gebäude steht zurzeit leer. Es entstehen monatliche Kosten von 40'000 Franken. Die Leerstandskosten steigen mit jedem zusätzlichen Monat. Am Schluss wird das Gebäude vermutlich ein Jahr lang leer stehen. Der Stadt entgehen wichtige Einnahmen, respektive es versickern halbe Millionen. Dies zu einem Zeitpunkt, wo wir überall sparen müssen. Wir erwarten in Zukunft bei solch grossen und wichtigen Projekten eine bessere Koordination und Planung. Es ist uns nicht klar, ob der Umbau zu einer Kostensteigerung im Sozialdienst führen wird. In einigen Punkten können wir uns dem Rückweisungsantrag von Luzius Theiler anschliessen. Wir finden es aber nicht sinnvoll, das Geschäft jetzt zurückzuweisen. Wir haben bereits zu viel Zeit verloren. Es muss weitergehen.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Unsere Fraktion hat mit Erstaunen, gar mit grossem Unwillen von diesem Geschäft Kenntnis genommen. Nicht wegen der Mieterschaft – die finden wir sinnvoll –, und weniger wegen der 10 Mio. Franken, die uns dieses Geschäft kostet, sondern wegen der unsorgfältigen Planung. Der Gemeinderat betont stets die Wichtigkeit der Planung und fordert, dass dafür Geld zur Verfügung stehen müsse. Dann möchten wir aber sehen, dass richtig geplant wird. Dieses Geschäft hat ganz skurrile Wege genommen. Zuerst ist eine mieterunabhängige Nutzung geplant gewesen. Ein Baukredit von 7 Mio. Franken ist genehmigt worden. Danach ist eine Zumietlösung gefunden worden. Die StaBe und das Finanzinspektorat sind ausgezogen. Dann hat man festgestellt, dass dieses Gebäude für das Sozialamt und die Strassenreinigung ideal wäre und hat nochmals neu geplant. Jetzt kostet das beinahe 10 Mio. Franken. Zusätzlich entstehen Leerstandskosten von monatlich 40'000 Franken. Da wird Geld verprasst. Wenn der Stadtrat diesem Geschäft jetzt nicht zustimmt, kommt es noch teurer, weil das Gebäude noch länger leer steht. Darum können wir dem absolut gerechtfertigten Rückweisungsantrag von Luzius Theiler nicht zustimmen. So geht es nicht! Wir fordern die verantwortlichen Stellen auf, besser zu planen, damit nicht noch mehr Geld aus dem Fenster geworfen wird. Unsere Fraktion wird dem Antrag des Gemeinde-

rats mehrheitlich zustimmen. Aber unser Zähneknirschen ist lauter als der Baulärm, der bei diesem Umbau entsteht.

Christine Michel (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Wir sind grundsätzlich damit einverstanden, dass das Gebäude an der Schwarztorstrasse 71 für die Zwecke des Sozialamts und des neuen Stützpunkts Reinigung umgebaut wird. Dass der Standort vom Westen von Bern gut erreichbar ist, begrünnen wir. Wir begrünnen, dass der Sozialdienst und das EKS mehr Platz erhalten. Damit ist eine bessere Qualität in der Kundenbetreuung, insbesondere ein besserer Persönlichkeitsschutz, gewährleistet. Wir wollen aber kritisch festhalten, dass das grössere Sicherheitsbedürfnis im Sozialdienst eine Folge der Hetze gegen Sozialhilfebezüglerinnen und -bezüger ist. Da hat die Politik wesentlich dazu beigetragen. Es braucht eine kritische Debatte über die Gründe, die zu diesem immer höheren Sicherheitsbedürfnis führen, weil letzteres zu höheren Kosten führt, die wir bewilligen müssen. Es muss eingehender geprüft werden, ob nicht ein Teil der höheren Mietkosten in der BSS kompensiert werden könnte. Die Securitas wird wegfallen. Vielleicht gibt es durch die Zentralisierung gewisse Synergieeffekte. Vielleicht kann man die Bedürfnisse ein wenig reduzieren. Wir haben eine kritische Bemerkung zum Stützpunkt Reinigung. Dort wird es neben dem Aufenthaltsraum einen ständigen Arbeitsplatz geben, der nur über einen Lichtschacht verfügt. Ständige Arbeitsplätze müssen direkte Sicht aufs Freie haben. Wenn nicht, muss man gemäss Arbeitsgesetz kompensatorische Massnahmen zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeitenden vorsehen. Wir hoffen, dass das nochmals überdacht wird. Trotzdem überwiegen für uns die positiven Punkte. Die Mehrheit der GB/JA!-Fraktion wird diesem Kreditantrag zustimmen und den Rückweisungsantrag von Luzius Theiler ablehnen. Wir teilen die Kritik, dass dieses Geschäft übereilt traktandiert worden ist. Der Grund sind die Leerstandskosten. In der Kommission konnten wir das Geschäft seriös behandeln. Im Rat und in der Fraktion hatten wir dafür eindeutig zu wenig Zeit.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Vorweg eine Bemerkung an die Adresse von Luzius Theiler: Barbara Hayoz und ich haben das Geschäft – sie als Zuständige für die StaBe und ich als Direktorin der Benutzer – zusammen in der FSU vertreten. Ich finde es kleinlich, zu reklamieren, dass Barbara Hayoz aus für sie unbeeinflussbaren Gründen nicht anwesend sein kann. Ich bedanke mich bei Miriam Schwarz und den Mitgliedern der FSU sowie beim Stadtrat für die grundsätzlich inhaltlich positive Aufnahme dieses Geschäfts. Dieses Geschäft ist in seiner Wirkung und Bedeutung nicht nur ein BSS-Geschäft. Es ist ein Geschäft, das auch für die TVS mit dem Stützpunkt und für die SUE mit dem EKS wichtig ist. Es ermöglicht die Zusammenführung des EKS an der Predigergasse 10. Durch den Wegzug des Sozialdienstes werden dort Räumlichkeiten frei, worauf die Mitarbeitenden und die Kundschaft des EKS Anspruch haben. Mir ist es wichtig, zu betonen, dass es ein etwas komplexes Geschäft ist. Seit wann steht das Gebäude an der Schwarztorstrasse 71 leer? Das Finanzinspektorat ist im März 2010 ausgezogen, die StaBe im April 2010. Das Haus ist mit 6,9 Mio. Franken nutzungsneutral geplant worden. Zuerst war die Aufstockung vorgesehen, die von der Stadtbildkommission aus städtebaulichen Gründen abgelehnt worden ist. Auch bei diesem Projekt hätte es je nach Mieter zusätzliche Investitionen benötigt. Der Sozialdienst beansprucht andere räumliche Voraussetzungen als unsere Büros auf dem Generalsekretariat. Zu diesen 6,9 Mio. Franken der Nutzungsneutralität muss man bei allen Varianten 0,8 Mio. Franken für den Strassenstützpunkt dazu zählen. Luzius Theiler hat gesagt, man wisse wenig über diese Vorlage. In der FSU ist das ausführlicher diskutiert und von der Sprecherin dargelegt worden. Ich kann die Quadratmeterzahlen angeben. Der Sozialdienst – ohne Stab – hat bis jetzt 1687,81 m² Platz und somit 12,1 m² pro Mitarbeitenden beansprucht. Neu hat er 1940,6 m², was 13,8 m² pro Mitarbeitenden entspricht. Die Amtsleitung hat gegenüber den Mitarbeitenden des Sozialdienstes mehr Platz zur Verfügung. Das hat räumliche Gründe, vorgegeben

durch die Bauweise des Hauses. Die zusätzlichen Quadratmeter haben damit zu tun, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, respektive Raum für mehr Arbeitsplätze geschaffen wird. Die Richtwerte der Arbeitsplätze im Sozialdienst sind immer noch leicht unter den Richtwerten der Stadtverwaltung. Aber es sind gute räumliche Voraussetzungen. An der Schwarztorstrasse entstehen 160 Arbeitsplätze. 125 beim Sozialdienst und 35 bei Leitung, Stab und Inkasso. Auf jedem Stock gibt es ein Sitzungszimmer und Arbeitsplätze für Praktikantinnen und Praktikanten des Sozialdienstes und für Lernende. Es werden auch Reservearbeitsplätze geschaffen. Ich komme nachher auf die Frage der GFL zurück. Die Administrationsstellen sind aufgestockt worden. Diese sind zwingend verbunden mit den Stellen der Sozialarbeitenden. Das war eine langjährige Forderung des Gemeinderates und des Stadtrates. Zu den Mehrkosten: der nutzungsneutrale Baukredit betrug 6,9 Mio. Franken. Dazu kommen die 0,8 Mio. Franken der Strassenreinigung. Die Zusatzkosten durch den Mieterausbau Sozialdienst betragen 1,6 Mio. Franken. In der Zwischenzeit kamen neue Vorschriften für die Elektroinstallationen dazu. Sie machen den Restbetrag dieser Mehrkosten aus. Es ist unbestritten, niemand kann sagen, dass dieses Projekt gut gelaufen ist. Mit diesem Projekt kann man keinen Schönheitswettbewerb gewinnen. Es ist für den Stadtrat nicht ideal, dass man das Geschäft so schnell traktandiert hat. Es geht nicht nur um den Leerstand. Wichtig ist, dass man möglichst rasch fortfahren kann. Im Sozialdienst herrschen unzumutbare räumliche Verhältnisse. Die Sicherheitsfrage ist zentral. Ich bin ausserordentlich froh auch im Namen der Mitarbeitenden des Sozialamtes und des EKS, dass der Stadtrat bereit ist, auf dieses Geschäft einzutreten und dem Rückweisungsantrag von Luzius Theiler nicht zustimmt. Es gibt rund 350'000 Franken mehr Mietkosten. Es wird mehr Raum gemietet. Im 2009 hatten wir Kosten von 46'700 Franken für die Securitas. Es ist eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, dass Leute in Drucksituationen so handeln, dass es für andere gefährlich werden kann. Wir gehen davon aus, dass wir mit den neuen Sicherheitsmöglichkeiten am neuen Standort keine Securitas mehr benötigen werden. Wir haben Reservearbeitsplätze. Für diesen Raum werden wir Drittmietler suchen, solange wir ihn nicht selber benötigen. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag von Luzius Theiler nicht zuzustimmen und die Vorlage so zu genehmigen, wie sie vorliegt.

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Es ist eine Ausnahme, dass dieses Geschäft so kurzfristig traktandiert wurde. Der Grund liegt in der Schadensminderung. Bei einer so kurzfristigen Behandlung vergewissere ich mich, ob es in der Kommission unbestritten war. Das war hier der Fall.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Theiler ab (6 Ja, 54 Nein, 5 Enthaltungen).
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu (56 Ja, 0 Nein, 9 Enthaltungen).

Der Vorsitzende *Urs Frieden*: Ich habe einen Ordnungsantrag der SVPplus-Fraktion erhalten.

Robert Meyer (SD): Wir stellen den **Ordnungsantrag**, dass wir die verbleibenden drei Geschäfte heute fertig beraten. Es sind wichtige Geschäfte, die bereits einmal verschoben worden sind. Wir finden es nicht gut, wenn solche Geschäfte über die Ferien verschoben werden. Heute hätten wir Zeit, um sie zu behandeln. Im Sinne der Ratseffizienz bitte ich Sie, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag der SVPplus-Fraktion ab (16 Ja, 43 Nein, 6 Enthaltungen).

- Die Traktanden 11-13 werden auf die Sitzung vom 21. Oktober 2010 verschoben. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Motion Fraktion SVPplus (Peter Bühler, SVP): Die alternative Hüttensiedlung Zaffaraya ist nichts weiter als eine Drogenanbau- und Drogendealerorganisation! Experiment gescheitert – Schluss und weg damit!
2. Interpellation Martin Trachsel (EVP): Fragliche öffentliche Beschaffung von Informationstechnologie bei der Stadt Bern
3. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Fehlende, verblichene Fahrbahnmarkierungen. Ein Sicherheitsproblem!
4. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Verhinderung von Sozialmissbrauch durch Personen, welche ihren Wohnsitz gar nicht in der Stadt Bern haben

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Urs Frieden*

Die Protokollführerin: *Annika Wanner Mezzetti*